

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Friedrich Müllinghaus, Berlin.
Telefonnummer: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin S B 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsanfang, wenn nicht anderes vereinbart ist. Druckort für beide Zeilen ist Berlin.

Berlin, den 27. Oktober 1930

Die abgenutzte Diktatur.

(Von unserem Orientkorrespondenten.)

Int. Institut
Soc. Geschichte
Amsterdam

SPD. Teheran, im Oktober (Eig. Bericht)

Persien steht am Beginn einer ähnlichen Entwicklung wie die Türkei. Der König der Könige, weniger von Allahs als von seinen eigenen Gnaden, Schah Riza Khan Pehlewi, beabsichtigt seinem bisher in strenger Zucht gehaltenen Volke das gleiche Geschenk zu machen wie sein Nachbar, der Diktator der türkischen Republik, Mustapha Kemal Pascha, der Siegreiche. Wie dieser hat er verfügt, dass sich das persische Parlament in Zukunft einer bisher streng verpönten Opposition erfreuen darf, damit die Volksvertretung auch wirklich zum Ausdruck der politischen Stimmung des Landes wird.

Diese zarte Rücksichtnahme auf die elementarsten Grundbegriffe von Konstitutionalismus und Demokratie muss als ein Symptom dafür gewertet werden, dass trotz der gepriesenen Herrschaft des Exgendarmen Riza etwas faul im Staate Persien ist. Freiwillig begibt sich auch dieser starke Mann nicht eines so wichtigen Privilegs wie der unumschränkten Kontrolle des Parlaments. Er fühlt sich in seiner Allmachtstellung durch Kräfte bedroht, an deren Meisterung durch Mittel der Gewalt nicht mehr zu denken ist. In der persischen Politik steht der Zeiger nicht mehr sehr weit von zwölf und es bereitet sich hier wie in der Türkei ein grundlegender Umschwung der Verhältnisse vor.

Die Gleichmässigkeit dieser Erscheinung in zwei Staaten, deren Entwicklung sich in den letzten Jahren so überraschend ähnlich vollzogen hat, beweist die Tatsache, dass es sich hierbei um mehr handelt als um eine Phase des innerpolitischen Parteikampfes. Sie drückt vielmehr die Unmöglichkeit aus, das System der Modernisierung des Orients auf der Grundlage der militärischen Diktatur zu einem gedeihlichen Ende zu bringen. Es ist richtig, dass sich auch Persien in einer Situation befindet, die seine kulturelle und ökonomische Reorganisation gründlich nötig macht, aber bei der Art und Weise wie dieses Reformwerk begonnen und fortgesetzt wurde, musste der Versuch früher oder später zum Scheitern verurteilt sein. Eine kühne und gewalttätige Persönlichkeit wie der jetzige Schah konnte mit Hilfe einer durch eine moderne Armee gedeckten Beamtenapparats dem persischen Volke wider dessen Willen Vorschriften diktieren und Einrichtungen aufdrängen, die seinem Epfinden und seiner Tradition vollkommen widersprechen. Mit Hilfe von Eisenbahnen, Flugzeugen und vor allem aber von Maschinengewehren lässt sich eine durchgreifende Änderung eines seit Jahrhunderten bestehenden Zustandes nicht in einigen Jahren erreichen. Europäische Leute können zwar Schulen, moderne Häfen, Fabriken, Radiostationen und noch manches andere mit dem Aufwand grosser Geldmittel einrichten, aber im besten Falle wird erst eine Generation heranwachsen müssen, um sich mit diesen Einrichtungen vertraut zu machen. Selbst der schärfste Zwang von aussen her wird das Tempo eines solchen Prozesses nicht zu beschleunigen vermögen, auch wenn die Umwandlung Persiens aus einem dezentralisierten Agrarstaat in einen straff zentralisierten Militär- und Industriestaat noch so sehr den persönlichen Bedürf-

nissen eines Usurpators entspricht. Das gleiche gilt auf religiösem Gebiet. Durch Drohungen verschärfte Verordnungen können zwar die Rechte eines rückständigen und fanatischen Klerus mit einem Federzug für abgeschafft erklären, aber sein Einfluss auf die Massen ist nicht von heute auf morgen zu vernichten. Es ist möglich gegen teures Geld im Auslande Unterseeboote und Torpedobootszerstörer zu bestellen, aber mit Menschen wie den Persern, die nicht aufs Wasser gehen, ohne vorher ihr Testament zu machen, lässt sich keine Seemacht aus dem Boden stampfen. Genau so steht es mit der allgemeinen Dienstpflicht, die vom ganzen Volk wie der böse Feind verabscheut wird. Bei der Hast, mit der alle diese nicht einmal halb gegornen Fragen ihrer Lösung entgegengepeitscht wurden, muss daraus nur eine Karikatur des Beabsichtigten herauskommen.

Es ist das unglückselige Schicksal Persiens, der Türkei wie dasjenige des um ein Jahrhundert weiter entwickelten Ägypten, dass sie das Nachlassen der Machtmittel Europas zwar in die Lage versetzt sich der Instrumente des Abendlandes zu bedienen, dass dies aber in einem Moment geschieht, in dem sie bereits abgenutzt sind. Dabei ist die äussere wie die innere Lage Persiens im Augenblick sehr gefährlich. Die Aussicht zwischen den Mühlsteinen Englands und Russlands zermahlen zu werden, steigert sich mit dem Anwachsen der anglo-russischen Spannungen. Wenn das Experiment Riza Khans scheitert, Persien stark genug zu machen, um seine Neutralität nach beiden Seiten hin zu behaupten, dann wird es wieder zum Schauplatz von Umtrieben beider Rivalen und wird in eine südpersische Einflussphäre Englands und in eine nordpersische Russlands auseinanderbrechen. Das Missverhältnis zwischen der Kraft Persiens und den Wünschen seiner Gegner beginnt sich jetzt schon zum Schaden Persiens in der Wirtschaft auszuwirken. Aus dem Versuche Riza Khans, sich der Vormundschaft der Anglo-Persian Oil Company durch Nichterneuerung der Verträge für die Ausbeutung der persischen Oelfelder zu entziehen, wird kaum etwas werden. Wenn sich die englischen Pläne in Mossul auch nur einigermaßen verwirklichen, dann wird Persien, wenn es nicht im Oel ersticken wird, bei den britischen Petroleumgewaltigen um gut Wetter bitten müssen, die im übrigen in den regierungsfeindlichen Nomadenstämmen des Südens und den jederzeit aufstandsbereiten Kurden über die Mittel verfügen, einem widerwilligen Verhandlungspartner ernsthafte Schwierigkeiten zu machen. Es kommt hinzu, dass sich Russland heute schon als der Tyrann der persischen Wirtschaft aufspielt.

Die Diktatur hat in Persien sehr schnell abgewirtschaftet. Das wird zur Folge haben, dass Persien wieder in seinen alten Zustand zurückfällt, willensloses Objekt aller machtpolitischen Umtriebe im Vordern Orient zu werden. Ein Zustand, der in Europa schon deshalb der Beachtung wert ist, weil er an einem konkreten Fall den Beweis erbringt, wie sehr die faschistisch eingestellte Pseudodemokratie überall versagt, wo sie positive Aufgaben zu erfüllen hat und weil er ausserdem die Notwendigkeit zeigt, dass Europa schon aus Selbsterhaltung lebendigere Beziehungen auf allen Gebieten zu dem in der Wandlung begriffenen Orient suchen muss als es bis jetzt nicht nur hinsichtlich Persien der Fall gewesen ist.

SPD. Der braunschweigische Nazi-Minister Dr. Franzen, der bis zu seiner Wahl zum Nazi-Vertreter in der braunschweigischen Regierung preussischer Amtsgerichtsrat in Kiel war, ist inzwischen aus dem preussischen Justizdienst ausgeschieden. Franzen hat damit einem Disziplinarverfahren gegen sich alle rechtlichen Möglichkeiten genommen.

SPD. Warschau, 27. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die polnische Regierung, die bei den Parlamentswahlen um jeden Preis siegen will, hat inzwischen einen neuen Weg ersonnen, um die Oppositionsparteien um ihre Mandate zu bringen: Sie hat die Annullierung zahlreicher Kreiswahllisten der Opposition verfügt. So wurde in dem Krakauer Wahlbezirk, in dem bisher u.a. der sozialistische Sejmarschall Daszynski gewählt wurde, die Liste der Zentrolinken von der Wahlkommission mit der Begründung nicht anerkannt, dass die Hälfte der Unterschriften gefälscht sei. Von dem gleichen Schicksal wurden alle anderen Oppositionslisten im Krakauer Bezirk betroffen, sodass der "Sieg" der Regierungspartei in diesem Bezirk bereits vor den Wahlen erkämpft ist. In ähnlicher Weise wurde in mehreren anderen Wahlbezirken vorgegangen, wo der Vertrauensmann des Linksblocks bis kurz vor Ablauf der Einreichungsfrist für die Listen gefangen gehalten wurde, sodass er seine Liste nicht mehr rechtzeitig vorlegen konnte. So wird der jüngst von Pilsudski ausgesprochene Satz verständlich: "Die kommenden Wahlen kann ich gar nicht verlieren."

SPD. Stockholm, 27. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die vom Völkerbund mit Zustimmung der englischen Regierung eingesetzte Kommission zur Beilegung des viel besprochenen jüdisch-arabischen Konflikts um die Klagemauer in Jerusalem ist am Montag nachmittag unter dem Vorsitz des ehemaligen schwedischen Aussenministers Eliel Löfgrens in Stockholm zusammengetreten. Ausser Rechtsanwalt Löfgren besteht die Kommission aus einem Schweizer Juristen, dem Präsidenten beim Genfer Appellationsgerichtshof Charles Barde, und einem holländischen Juristen, dem ehemaligen Gouverneur von Sumatra, C.J. van Kempen. Die Stockholmer Konferenz soll der Abfassung des endgültigen Kommissionsberichtes dienen, der zunächst als Geheimbericht für Genf bestimmt ist und dann vom Völkerbund veröffentlicht werden soll. Die Kommissionsarbeiten werden voraussichtlich etwa eine Woche in Anspruch nehmen.

SPD. Reichspräsident von Hindenburg hat an den Generalobersten Heye nachstehendes Schreiben gerichtet:

"Sehr verehrter Herr Generaloberst!

Euer Hochwohlgeboren habe ich durch Verfügung vom heutigen Tage mit dem 31. Oktober 1930 den Abschied aus dem Heeresdienst unter Gewährung der gesetzlichen Versorgung und mit der Berechtigung zum Tragen der Uniform des 1. (Preuss.) Infanterie-Regiments mit den Abzeichen des Generaloberst bewilligt.

Bei Ihrem Ausscheiden können Sie auf eine mehr als vierzigjährige, an Erfolgen reiche Laufbahn in der ruhmreichen, alten Armee und im Reichsherr zurückblicken. Die hohen Verdienste, die Sie sich - in Krieg und Frieden auf verantwortungsvollen Posten berufen - erworben haben, sichern Ihnen einen ehrenvollen Platz in der Geschichte der Armee, wie auch ganz besonders Ihr Wirken als Chef der Heeresleitung, das von dem Gedanken getragen war, die stetige Aufwärtsentwicklung des jungen Reichsheeres auf der von Ihren Vorgängern geschaffenen Grundlage trotz schwerer Zeiten zu sichern und auszubauen.

Nehmen Sie hierfür den Dank des Vaterlandes und des Heeres entgegen.

Im Gedenken Ihrer verdienstvollen Tätigkeit als Kommandeur der 1. Division will ich durch die Verleihung der Uniform des 1. (Preuss.) Infanterie-Regiments auch für die Zukunft Ihre Verbundenheit mit unserer schwerringenden, abgetrennten Provinz Ostpreussen und ihren Truppen zum Ausdruck bringen. Als äusseres Zeichen meiner Anerkennung werde ich Ihnen mein Bild mit Unterschrift zugehen lassen!

Mit kameradschaftlichem Gruss Ihr

Hindenburg."

SPD. Kiel, 27. Oktober (Eig. Drahtb.)

Das Kieler Schöffengericht hat am Montag nach dreitägiger Verhandlung in der Kieler Marindepotaffäre 13 Angeklagte, fast ausschliesslich Angestellte des Marindepots und Kieler Geschäftsleute, zu Gefängnisstrafen von 3 Wochen bis zu 10 Monaten verurteilt. Das überaus gelinde Urteil findet seine Begründung nur darin, dass die Angeklagten nur einen kleinen Teil der Schuldigen repräsentierten. Die Hauptschuldigen sind nicht gefasst worden und können auch nicht gefasst werden, weil es sich bei ihnen um höhere Beamte handelt, bei denen nur disziplinarische Verfehlungen in Frage kämen.

Die Verhandlung, die zum grossen Teil wegen Gefährdung der Staatssicherheit unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfand, ergab, dass die ungeheure Misswirtschaft auf dem Sperrdepot und das Bestehen eines sogenannten schwarzen Geheimfonds die Verfehlungen der Angeklagten begünstigt hat. Einwandfrei festgestellt wurden Verfehlungen der Angeklagten aus dem August 1929, als am Kai des Kieler Hafens 10 Fass Oel und 6 Rollen Tauwerk, die mit einem Boot des Sperrdepots aus dem Marinearsenal herausgeholt worden waren, beschlagnahmt wurden. Die bei dieser Schiebung gefassten Angeklagten haben ungefähr 20 weitere ähnliche Schiebungen zugegeben. Alle Schiebungen sind mit der grössten Frechheit ausgeführt worden. So wurden von dem gutgläubigen Depotvorstand Bestellscheine unterschrieben, ohne dass aber die bestellten Waren und Mengen geliefert worden wären. Die Lieferanten, die mit den Depotangestellten unter einer Decke stecken, schickten vielmehr nur die Rechnungen und teilten sich mit den Depotangestellten und Magazinarbeitern in die erschwindelten Beträge.

SPD. Der Ältestenrat des Reichstags ist für Donnerstag 4 Uhr nachmittags zu einer Sitzung einberufen worden. Auf der Tagesordnung stehen die Aenderung des Diätengesetzes für die Abgeordneten und Veränderungen in der Platzverteilung im Plenarsitzungssaal des Reichstages. Es ist zu erwarten, dass die Kommunisten und andere Parteien die Gelegenheit benutzen werden, die Einberufung des Reichstags zu fordern.

SPD. Bochum, 27. Oktober (Eig. Drahtb.)

In einer in Dortmund abgehaltenen Konferenz des Bergbauindustriearbeiter-Verbandes, die von über 500 Funktionären und Betriebsräten besucht war, wurde nach einem Referat über die Lage im Bergbau eine Entschliessung angenommen, in der es heisst:

"Die Funktionäre und Betriebsräte des Bergbauindustriearbeiter-Verbandes nahmen mit Schrecken Kenntnis von einem neuen grossen Grubenunglück im Saargebiet zu einer Stunde, in der die Toten der Explosionskatastrophe bei Alsdorf noch nicht alle beerdigt sind. Die Konferenz richtet an alle verantwortlichen Instanzen die dringende Mahnung, aus diesen Katastrophen zu lernen und der ständigen Forderung der Organisation auf weiteren Ausbau des Bergarbeiterschutzes stattzugeben. Insbesondere verlangt die Konferenz eine Vermehrung der aus den Reihen der Arbeiter zu stellenden Grubenkontrolleure und Ausbau ihrer Kontrollrechte insoweit, dass für ihre Kontrollmassnahmen und ihren Kontrolldienst völlige Freiheit gewährleistet wird. Die Konferenz ersucht dringend die Regierung, zur Ermöglichung eines ungehinderten Kontrolldienstes der Grubenkontrolle sofort die finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen und auch für alle Zukunft zu garantieren."

SPD. Eine rechtsstehende Film-Korrespondenz verbreitet die Nachricht, dass durch einen vor kurzer Zeit abgeschlossenen Vertrag die Moskauer Regierung der Ufa das alleinige Recht der Verbreitung von deutschen Werbe- und Kulturfilmen in den Lichtspielhäusern Sowjetrusslands erteilt habe.

Die Ufa (Universum-Film A.G.) gehört zu dem Block der Unternehmungen des deutschnationalen Parteiführers Hugenberg. Für die Gesinnungstüchtigkeit der beiden Vertragspartner ist dieser Monopolvertrag ein ausgezeichnetes Beispiel. Während Hugenberg durch die Zeitungen seines Pressekonzerns jahraus, jahrein den schärfsten Kampf gegen Sowjetrussland führen lässt, unterhält er gleichzeitig enge Geschäftsverbindungen mit der Moskauer Regierung. Andererseits wirft er ein bezeichnendes Licht auf die "Kulturpolitik" der Sowjetunion, dass sie ausgerechnet mit dem reaktionärsten Filmtrust Deutschland einen Monopolvertrag für die Versorgung Russlands mit Filmen abschliesst. Es wäre interessant die finanziellen Hintergründe dieses seltsamen Handels kennen zu lernen. Er ist offenbar unter dem Motto "non olet", auf deutsch "Geld stinkt nicht", zustande gekommen.

SPD. Köln, 27. Oktober (Eig. Drahtb.)

Im Kölner Rathaus traten am Montag die beiden vom Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale gewählten Kommissionen zur Behandlung der Arbeitslosenfrage zusammen. Den Vorsitz führen abwechselnd Citrine als Vorsitzender des Internationalen Gewerkschaftsbundes und de Brouckère als Vorsitzender der Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale. Vom JGB sind anwesend: Jouhau-Frankreich, Jacobsen-Kopenhagen, Schevenels-Belgien, Smyth und Bolton-England, vom ADGB Leipart und Spliedt, von der Sozialistischen Arbeiter-Internationale Friedrich Adler-Zürich, Grimm-Schweiz, Kautsky-Österreich und Compton-England sowie Gillis vom Sekretariat der Labour Party für internationale Angelegenheiten. Naphtali von der Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik nimmt im Auftrage der Sozialdemokratischen Partei an den Verhandlungen teil.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Citrine der beiden furchtbaren Bergwerksunglücke der letzten Woche und forderte die Versammlung auf, sich zu Ehren der beklagenswerten Opfer von den Sitzen zu erheben. Dem ADGB wurde eine Sympathiekundgebung gesandt. Dann trat die Konferenz in eine Generaldebatte ein über die Probleme der internationalen Arbeitslosigkeit, ihre Ursachen und ihre Bekämpfung.

SPD. Sofia, 27. Oktober (Eig. Bericht)

Die Sozialistische Partei Bulgariens hielt in diesen Tagen in Sofia ihren diesjährigen (33.) Parteitag ab.

Einleitend referierte der Vorsitzende der sozialdemokratischen Sobranjefraktion Pastuchow über die politische Lage des Landes und die Aufgaben der Partei. Ausgehend von dem siegreichen Aufstieg des Sozialismus während des letzten Jahrzehnts und dem entschlossenen wie erbitterten Kampfe, den die sozialistischen Parteien der westlichen Länder gegenwärtig gegen die Welle des Faschismus und der Reaktion führen, erklärte der Redner, dass sich Bulgarien bisher vor einer unmittelbaren faschistischen Gefahr nicht befunden habe. Diese sei jedoch durch die jetzt stattfindende Heirat des bulgarischen Staatshauptes mit einer italienischen Königstochter in bedrohliche Nähe gerückt. Mussolini, der sich seit Jahren um die Ausbreitung des faschistischen Imperialismus auf dem Balkan bemühe und bereits Albanien und Ungarn in seinen Fängen halte, würde jetzt mehr denn je versuchen, Bulgarien zu einer weiteren Operationsbasis für seine verbrecherische Balkanpolitik zu machen. Hierbei finde er die Unterstützung jener reaktionären bulgarischen Politiker, die in einem Bündnis mit

dem säbelrasselnden faschistischen Italien eine "bessere Zukunft" des Landes sähen. Die Lage der arbeitenden Bevölkerung Bulgariens sei unter dem Regime des Demokratitscheski Sgwor unerträglich geworden. Während das Volk hungere, würde jetzt zu grossen Festlichkeiten für die Zarenhochzeit gerüstet, die den Regierenden ein willkommener Anlass sei, die öffentliche Meinung wieder einmal von den brennenden Fragen der politischen und wirtschaftlichen würgenden Not abzulenken.

Nach dem Jahresbericht des Zentralkomitees besitzt die bulgarische Sozialdemokratie 1108 lokale Organisationen mit 28 146 Mitgliedern, die sich nach der sozialen Gliederung wie folgt scheiden: 6875 Lohnarbeiter, 2242 Handwerker, 17 391 Bauern und 1638 freie Berufe. Im verflossenen Jahre war es der Parteileitung infolge des Terrors der Kreisverwaltungen und wegen Mangels an hinreichenden materiellen Mitteln fast unmöglich, eine durchgreifende Werbearbeit durchzuführen.

Im Verlauf des Parteitages spielten die Beratungen über die Meinungsunterschiede eine grosse Rolle. Man diskutierte vor allem darüber, ob die bisher geübte Koalitionstaktik mit den Gruppen des sogenannten Eisernen Blocks, der faktisch nur während der Sobranjewahlen im Frühjahr 1927 bestanden hat, beibehalten werden soll oder nicht. Ein erheblicher Teil der Delegierten sprach sich für ein selbständiges Vorgehen der Partei aus, zumal die Bauernpartei in immer chaotischere Verhältnisse treibe und sich den bürgerlichen Oppositionsparteien anzubiedern versuche. Die zu dieser Frage angenommene Entschliessung spricht sich jedoch für ein Beibehalten der bisherigen Taktik in Abhängigkeit von der jeweiligen politischen Situation aus, was insofern von besonderer Bedeutung ist, als im Frühjahr neue gesetzgeberische Wahlen bevorstehen. Zu der Frage der Sammlung der zersplitterten sozialistischen Kräfte des Landes appelliert eine Entschliessung an alle noch resigniert abseits stehenden Gruppen und ehemaligen Parteifreunde und Führer, wieder in die Reihen der bulgarischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei einzutreten, um deren Front zu festigen und zu stärken.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: "Der preussische Justizminister hat auf Grund eines Berichtes des Generalstaatsanwalts beim Berliner Landgericht I den Reichsminister des Innern ersucht, die Genehmigung des Reichstages zur Strafverfolgung seines Mitgliedes, des Braunschweigischen Ministers des Innern und für Volksbildung Dr. Franzen wegen des Vergehens der Begünstigung herbeizuführen."

SPD. Paris, 27. Oktober (Eig. Drahtb)

Das Befinden des Aussenministers Briand, der von der Genfer Völkerbundstagung eine schwere Grippe mit nach Hause gebracht hatte, hat sich jetzt soweit gebessert, dass die grosse Debatte über die Aussenpolitik programmässig schon am ersten Tage der Parlamentseröffnung in der Kammer beginnen kann.

Am Dienstag treten die Minister noch einmal unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik zu einer Beratung zusammen, um den Schlachtplan für die am 4. November beginnende Debatte festzulegen. Voraussichtlich wird sie drei bis vier Tage in Anspruch nehmen. Dann soll die Kammer noch vor dem Eintritt in die Budgetberatung das famose Milliarden-Projekt zur Ankurbelung der Wirtschaft das nun schon auf ein volles Jahr des Schattendaseins zurückblicken kann, erledigen. Inzwischen wird sich die Regierung auch mit dem Senat auseinandersetzen, wo jedoch nach Ansicht der politischen Kreise eine viel gefährlichere Schlacht als in der Kammer bevorsteht. Hier hat der radikale Senator Hary eine Interpellation über die allgemeine Politik des Kabinetts eingebracht.

SPD. Bern, 27. Oktober (Eig. Drahtb.)

Während in den meisten Staaten Europas ein empfindlicher Kapitalmangel herrscht, ist die Schweiz von Anlage suchendem Gelde geradezu überschwemmt. Die verschiedenen Anleihen, die in diesem Jahre zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt wurden, sind alle stark überzeichnet worden, sodass nicht alle Geldgeber berücksichtigt werden konnten.

In den ersten 7 Monaten des laufenden Jahres war der Nominalwert der auf dem schweizerischen Kapitalmarkt emittierten Auslandsanleihen doppelt so gross als im ganzen letzten Jahre. Während 1928 noch 90 Millionen Franken vom Ausland in der Schweiz aufgenommen wurden, stiegen die Auslandsanleihen 1929 bereits auf 115,5 Millionen, und von Januar bis Juli 1930 lieh das Ausland sogar 233,7 Millionen Franken in der Schweiz. Davon gingen 129,25 Millionen allein nach Deutschland. Von Ende 1921 bis Ende Juli 1930 sind in der Schweiz für über 1,3 Milliarden Franken ausländische Anleihen öffentlich plaziert worden. Gegenwärtig bekommt die Schweiz vom Auslande Kapitalien zu 3% oder weniger und erzielt für die einheimischen Kapitalien, die als Anleihen hinausgehen, Erträge von 6 bis 7½ %.

Die Schweiz hat von jeher eine aktive Kapitalbilanz gegenüber dem Auslande gehabt. Heute versorgt das kleine Land schon ganz respektable Kapitalbedürfniss und verfügt über eine Golddeckung seiner Währung von über 100 %. Die grossen schweizerischen Privatbanken ersticken sozusagen im Geldüberfluss und halten im Innern mit aller Gewalt eine übertriebene Rente hoch. So kommt es, dass dank den Segnungen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung dieses kleine Land mit dem Geldüberfluss trotz des hohen Kurswertes seiner Zahlungsmittel eine ungeheure Teuerung aufweist und seine eigenen Erzeugnisse nicht mehr genügend ausführen kann, während die Wareneinfuhr dauernd steigt.

SPD. Paris, 27. Oktober (Eig. Drahtb.)

Dem Hurra-Patrioten Gustave Hervé ist der grosse Wurf gelungen, die Hitler Leute und den Stahlhelm für den Frieden und die Versöhnung der Völker zu gewinnen. Mit Stolz veröffentlicht Hervé alltäglich in seiner "Victoire" zahlreiche Zuschriften aus den höchsten Kreisen des nationalistischen Deutschland, in denen ihm die Bereitschaft der Nazis und der Stahlhelmlaute zur Versöhnung mit dem "tapferen Feinde von gestern" versichert wird. Sogar Hitler und Selde haben sich in hoch offiziellen Erklären zum Hervé'schen Vorschlag eines Militärbündnisses zwischen Deutschland und Frankreich geäussert.

Man muss dem ganzen nationalistischen Versöhnungsrummel jedoch mit grosser Skepsis gegenüberstehen. Einmal ist nicht zu übersehen, dass Herr Hervé ein höchst uninteressanter Partner für die Verständigung ist. Seit seiner Fahnenflucht aus der sozialistischen Partei vertritt er in Frankreich nichts mehr als seine eigene höchst unwichtige Persönlichkeit. In dem Gefühl seiner Nichtigkeit hat er sich nicht gescheut, in seiner "Victoire" selbst solche Zuschriften zu veröffentlichen, die ihm zum Hohn von einigen Camelots du Roi zugesandt worden wären, nur um sich selbst dadurch eine grössere Bedeutung zu geben. Wenn aber erst seine neuen Freunde in Deutschland um die Herren Hitler und Sendte eingesehen haben, dass sie es in Hervé mit einem einflusslosen Narren zu tun haben, dann wird wieder ein furchtbares Geschrei gegen den treulosen Erbfeind beginnen. Die ernsthafte Friedenspolitik wird dann vielleicht wieder einen Schaden erleiden, den weder ein Hervé noch ein Hitler wert ist.

SPD. Angora, 27. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen traf am Montag vormittag in Stambul ein. Abends reiste er zum Besuch der türkischen Regierung nach Angora weiter, wo er am Dienstag auf einem Bankett mit dem griechischen Ministerpräsidenten Venizelos, und dem türkischen Aussenminister Teufik Rüschi zusammen treffen wird.

SPD. Burg Lauenstein, 27. Okt. (Eig. Drahtb.)

Die Tagung des Republikanischen Studentenbundes nahm ihren Abschluss mit der Annahme folgender Entschliessung :

"Deutsche Studenten! Volk und Staat sind in Gefahr. Politische und wirtschaftliche Not haben am 14. September den Radikalismus gestärkt! Faschisten und Bolschewisten glauben die Stunde gekommen, die demokratische Republik zu zertümmern. Der politische Kampf hat Methoden angenommen, die jeden Anständigen mit Abscheu erfüllen. Terror beherrscht die Strasse. In dieser Stunde höchster Gefahr für Volk und Staat ruft der D.R.S. die deutschen Studenten auf, den Kampf gegen Bolschewismus und Faschismus aufzunehmen. Das Deutsche Vaterland steht hart am Rande eines Bürgerkrieges und bedarf aller Kräfte, die bereit sind, mit ihrer ganzen Person für Volk und Staat einzutreten. Schliesst die Reihen, kämpft mit uns für die Erhaltung der demokratischen Republik und ihrem Ausbau zum sozialen Volksstaat!"

SPD. München, 27. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der berüchtigte Hakenkreuzler Julius Streicher, der in Nürnberg durch Herausgabe einer erotisch-antisemitischen Wochenschrift bemerkenswerte Erfolge bei der halbwüchsigen Jugend aufzuweisen hat, trat sofort nach der Verbüssung einer zweimonatigen Gefängnisstrafe (wegen Religionsvergehen) zusammen mit Hitler in einer Münchener Naziversammlung auf. Dabei kam es zu einem grossen Tumult, weil die von Streicher selbst aufgeputschte Versammlung sich an einem anwesenden katholischen Geistlichen vergreifen wollte. Nur mit Mühe gelang es Hitler, seine Meute von Tätlichkeiten abzubringen, wobei er wutschnaubend vom Podium herunterbrüllte: "Darf ich jetzt endlich bitten, dass Sie ruhig sind. Sie führen sich auf wie Kindsköpfe. Sind Sie Männer oder sind Sie Waschlappen. Ich habe ein so trauriges und erbärmliches Bild von Undisziplin noch nie gesehen. Von uns darf sich keiner an einem Kleid vergreifen, das für Millionen Deutscher ein Ehrenkleid ist."

Daraufhin wurde der Geistliche von einer Gruppe Braunhemden in die Mitte genommen und zum Vorstandstisch gebracht. Es wurde ihm aber von Hitler öffentlich erklärt, dass er sich nicht mucksen dürfe. Sollte er irgend einen Zwischenruf wagen, so würde die Versammlungsleitung von ihrem Hausrecht Gebrauch machen

SPD. Haifa, 27. Oktober (Eig. Bericht)

Die Telefonverbindungen zwischen Ägypten und Palästina sind seit Montag völlig unterbrochen. Unkontrollierbare Gerüchte sprechen von dem Ausbruch eines wafdistischen Umsturzversuchs. Angeblich ist Königs Fuad bereits abgesetzt.

SPD. Hannover, 27. Oktober (Eig. Drahtb.)

Wie aus Peine gemeldet wird, wurden dort in der Nacht zum Montag mehrere Polizeibeamte von einer Horde von 25 bis 30 Kommunisten überfallen. Aus einem Hinterhalt fielen die Rowdies auf die ahnungslosen Beamten her und bearbeiteten sie mit Totschlägern, Gummiknüppeln und anderen Werkzeugen. Auf die Hilferufe der Überfallenen eilten andere Polizeibeamte herbei und nahmen die Verfolgung der flüchtenden Rowdies auf. Es gelang 12 Kommunisten festzunehmen.

SPD. Alsdorf, 27. Oktober (Eig. Drahtb.)

Am Montag ist noch ein Schwerverletzter der Alsdorfer Katastrophe seinen Verletzungen erlegen. Damit steigt die Totenziffer auf 263.

Die Reviere 4,5 und 6 der Eschweiler Bergwerks A.G. sind inzwischen wieder in Betrieb genommen worden.

SPD. Am Montag begann im Plenarsaal des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats der 7. Deutsche Bauhüttenstag. Saal und Galerien waren von Abgeordneten der deutschen Bauhütten und Gästen fast bis auf den letzten Platz besetzt. Der Aufsichtsratsvorsitzende des Verbandes sozialer Baubetriebe, Nikolaus Bernhard, begrüßte die Erschienenen und würdigte die Bedeutung dieser Jubiläumstagung in der jetzigen schweren Zeit. Regierungsrat Dr. Schmidt vom Reichsarbeitsministerium überbrachte der Tagung die Glückwünsche des Reichsarbeitsministers, wobei er die nützliche Arbeit der deutschen Bauhütten für die Allgemeinheit während ihrer zehnjährigen Tätigkeit rühmend hervorhob. Ministerialdirektor Hermann Meyer überbrachte die Wünsche des Preussischen Wohlfahrtsministeriums und Geheimrat Dr. Bachem die Wünsche der gewerkschaftlichen Wirtschaftsbetriebe.

Dann sprach Rudolf Wissell über die Zusammenarbeit der gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen der Gewerkschaften mit den Konsumenten. Er schilderte den langsam, aber zwangsläufig fortschreitenden Uebergang der Individualwirtschaft in die Gemeinwirtschaft, betonte die hervorragende Arbeit der Konsumgenossenschaften mit ihren wirtschaftlichen Eigenbetrieben und ihrem ständig wachsenden Umsatz, die Bedeutung der Arbeiterbank als Finanzierungsinstitut der Arbeiterschaft und der Gewerkschaften und die Selbsthilfebestrebungen der Gewerkschaften zur Ueberführung des privaten Baugewerbes in eine demokratisch organisierte Gemeinwirtschaft. Anstelle des privaten Profitstrebens und der Verfolgung von Einzelinteressen müsse in den gemeinwirtschaftlichen Betrieben immer mehr die Hingabe jedes einzelnen an die Allgemeinheit treten. 1919 sei es nicht möglich gewesen, zwanzig Wirtschaftsführer zu finden, die die Wege zur Ueberführung der Privatwirtschaft in die Gemeinwirtschaft hätten weisen können. Es gelte deshalb für die Gewerkschaften, selber Wirtschaftsführer heranzubilden, die dieser Aufgabe gewachsen seien. Dazu seien die Eigenbetriebe der Gewerkschaften und der Konsumenten besonders geeignet. Mit beredten Worten empfahl Wissell die Zusammenarbeit und die gegenseitige Unterstützung aller auf gemeinwirtschaftlichem Boden stehenden Wirtschaftsbetriebe der Gewerkschaften und der Konsumenten. Wie es undenkbar sei, dass die Vertreter der Individualwirtschaft die gemeinwirtschaftlichen Betriebe förderten und unterstützten, so müsse es selbstverständlich sein, dass die auf gemeinwirtschaftlichem Boden stehenden Wirtschaftsbetriebe sich gegenseitig förderten und unterstützten.

Im Anschluss an Wissells Vortrag sprach Diplomingenieur Otto Rode über die technische Entwicklung der sozialen Baubetriebe und die Bemühungen des Verbandes sozialer Baubetriebe zur Einführung einer wirtschaftlichen Betriebsführung bei den angeschlossenen Betrieben. Etwa 90 von 130 Betrieben arbeiteten bereits mehr oder weniger nach den Anregungen der Abteilung "Wirtschaftliche Betriebsführung" des Verbandes mit sehr guten Erfolgen. Welche Bedeutung die

wirtschaftliche Betriebsführung für die Verbilligung des Bauens, die Behebung der Wohnungsnot und die Entwicklung der sozialen Baubetriebe im Konkurrenzkampf mit den privaten Bauunternehmungen hat, zeigte Rode in einem sehr interessanten von der Basse-Film A.G. aufgenommenen Film. Vortrag und Film fanden ebenfalls die lebhafteste Zustimmung des Bauhüttenfestes.

In der Aussprache wies Körner-Zwickau auf die Notwendigkeit und die Vorteile des gemeinsamen Einkaufs von Baumaschinen und Geräten aller Art für die sozialen Baubetriebe hin, während sich Bauer-Regensburg mit Fragen der wirtschaftlichen Betriebsführung befasste. - Am Dienstag-Vormittag wird die Aussprache fortgesetzt.

SPD. Wien, 27. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der Vizepräsident der Wiener Polizeidirektion, Hofrat Pammer, hat am Montag ein Rücktrittsgesuch eingereicht. Da zur Zeit der Polizeipräsident wegen seiner Kandidatur beurlaubt ist, war Pammer der Leiter der Wiener Polizei.

Die Schober nahe stehenden Blätter berichten, dass der österreichische Innenminister Starhemberg Pammer übergangen, sich mit nachgeordneten Organen direkt in Verbindung gesetzt und sogar Berichte der Wachbeamten entgegengenommen habe. Aus diesem Grunde sei Pammer zurückgetreten. Die Entscheidung über sein Rücktrittsgesuch soll am Dienstag fallen.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Die Reichs- und Preussische Staatsregierung haben beschlossen, Einladungen gesellschaftlicher Art nur beim Vorliegen von besonderen Anlässen Folge zu leisten und ihre eigenen gesellschaftlichen Veranstaltungen auf das Mindestmass dessen einzuschränken, was mit pflichtgemäßer Repräsentation vereinbar ist. Der Herr Reichspräsident hat diesen Beschluss ausdrücklich gutgeheissen.

Die Reichsregierung und die Preussische Staatsregierung richten angesichts des Ernstes der Zeit an alle Kreise die dringende Aufforderung auch ihrerseits die gesellschaftlichen Veranstaltungen einzuschränken und insbesondere von öffentlichen Festlichkeiten möglichst abzusehen.

SPD. Genf, 27. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die Arbeitslosenziffer aller industriellen Länder der Welt beziffert sich nach den Feststellungen des Internationalen Arbeitsamtes zwischen 12 und 15 Millionen. Von den Industrieländern ist nur noch Frankreich das einzige Land mit einer kaum nennenswerten Arbeitslosigkeit.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Nach Anordnung der Reichsregierung, der Preussischen und Bayerischen Staatsregierung setzen am Mittwoch, dem Tage der Beisetzung der Opfer des Unglücks auf Grube Maybach, die öffentlichen Gebäude in Preussen und in der bayerischen Pfalz die Flaggen auf Halbmast.

+ + +
Der Reichspräsident hat als Hilfe für die Opfer der Bergwerkskatastrophe auf Grube Maybach einen Betrag von 10 000 Mark aus seinem Dispositionsfonds bewilligt.

SPD. Die nationalsozialistische Fraktion hat im Reichstag eine grosse Anfrage wegen angeblicher Uebergriffe der Polizei am Tage der Reichstagsöffnung eingebracht. In dieser Anfrage berufen sich die Nationalsozialisten auf angebliche Augenzeugenberichte, die in der nationalistischen "Deutschen Zeitung" erschienen sind und die sich gegen den republikanischen Polizeimajor Heinrich richteten, der an dem betreffenden Tage das Kommando hatte. Nach den Augenzeugenberichten soll Heinrich einen alten Mann am Denkmal Kaiser Friedrichs so vor die Brust gestossen haben, dass er rücklings auf das Pflaster gefallen sei.

Wir erfahren zu dieser neuesten Hetze der Nazis gegen die Polizei, dass der angeblich "alte Herr" ein 45jähriger Studienrat ist, der es nicht für notwendig hielt, der wiederholten Aufforderung der Polizei, weiterzugehen, auch nur irgendwie nachzukommen und der, als ihn Polizeimajor Heinrich etwas sanft anfasste und zum Weitergehen einlud, plötzlich wie auf Bestellung auf das Pflaster fiel. Polizeimajor Heinrich hat gegen den Herrn Studienrat bereits Anzeige wegen Landfriedensbruch erstattet. Er ist ein "Augenzeuge", auf den die Nazis stolz sein können!

SPD. Weimar, 27. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der thüringische Minister Frick hat auf Grund einer kürzlich erlassenen Verordnung den der kommunistischen Opposition angehörenden Bürgermeister Müller in Elgersburg seines Amtes enthoben. Die Amtsenthebung kommunistischer Bürgermeister bringt für die Gemeinden grosse finanzielle Ausgaben mit sich, weil den betreffenden Personen nach den Gemeindeordnungen das Gehalt bis zum Ablauf der Amtszeit voll und dann laufend ein bestimmter Prozentsatz des Gehaltes gezahlt werden muss.

SPD. Smyrna, 27. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die Unwetterkatastrophe, von der Smyrna seit Sonntag heimgesucht wird, hat inzwischen ungeheure Ausmasse angenommen. Insgesamt sind bisher 700 Häuser eingestürzt. Die vorläufige Zahl der Toten wird auf 68 angegeben, dürfte in Wirklichkeit jedoch weit grösser sein. In einem einzigen Stadtviertel wurden durch den Einsturz zwei alter Wohnhäuser nicht weniger als 23 Menschen von den Gesteinsmassen erschlagen. Die Ueberschwemmungen sind ungeheuerlich. Der Verkehr liegt völlig still.

SPD. Weimar, 27. Oktober (Eig. Drahtb.)

Frick hat dem kommunistischen Thüringer "Volksblatt" die amtlichen Bekanntmachungen entzogen. Auf eine Anfrage an die Regierung, weshalb diese Entziehung erfolgt ist, teilte Frick der kommunistischen Landtagsfraktion mit, dass die Regierung keinen Anlass habe, eine "staatsfeindliche Partei" und ihre Presse durch Gewährung von bezahlten Anzeigen finanziell zu unterstützen. Auch der sozialdemokratischen "Ostthüringer Tribüne" hat Frick die amtlichen Bekanntmachungen entzogen.

SPD. London, 27. Oktober (Eig. Drahtb.)

Im Beisein der Vertreter der fünf beteiligten Grossmächte wurde am Montag in London unter dem Vorsitz von MacDonald die Ratifikationsurkunde über die Marinekonferenz der Londoner Flottenkonferenz versiegelt.

Aus aller Welt

Ist Dr. Bougrat ein Mörder?

Die Leiche des Bankkassierers im Geldschrank des Arztes - Lebenslängliches Zuchthaus statt verwirkter Todesstrafe - Flucht von Guayana nach Venezuela - Wiederaufnahme beantragt.

SPD. Der hier behandelte Fall des Dr. Bougrat spielt in Aix (Frankreich). Dr. Bougrat ist vor wenigen Jahren eines Mordes angeklagt und für schuldig befunden worden. Man hatte in seinem Geldschrank die Leiche eines Bankkassierers gefunden und zwar - als Bougrat selbst wegen Betrug im Gefängnis sass. Kein Zweifel: die Gerichte trauen einem Betrüger eher einen Mord zu, als einem Unbescholtenen. Bougrat stand auch im Verdacht, Abtreibungen vorgenommen zu haben; überhaupt stand er im Kreise seiner Kollegen und Bekannten in keinem guten Ruf. Ausserdem trug der Tote im Schrank keine Brieftasche bei sich...

Der Arzt gab allerdings zu, den Mann in seinem Schrank versteckt zu haben. Der Kassierer sei nach einer Quecksilbereinspritzung plötzlich tot zusammengebrochen. Aus Angst habe er, Bougrat, die Leiche beseitigen wollen. Die Umstände zeugten gegen den Angeklagten. Man glaubte seinen Entschuldigungen nicht trotzdem eine Reihe von wissenschaftlichen Autoritäten den gewaltlosen, unbeabsichtigten Tod des Kassierers für möglich hielten. Einer der Sachverständigen, der Pariser Professor Desgrez, erklärte wörtlich nach dem Sitzungsprotokoll: "Ich schliesse auf einen therapeutischen Unfall (des Kassierers). Dieser Unfall kann durch eine Einspritzung, die acht bis 20 Tage vorher vorgenommen wurde, hervorgerufen sein. Uns ist es nicht verwunderlich, dass Bougrat vor Schreck bei der Feststellung des Unglückfalles die Besinnung verlor und auf den Gedanken kam, die Leiche zu verstecken." (Bougrat war im Kriege verschüttet und mehrere Monate völlig erblindet.)

Noch klarer äusserte sich Professor Barral von der Universität Lyon. "Ich habe", sagte er, "keine Blausäure im Körper des Rumèbe (des Kassierers) finden können. Ich habe nur eine sehr minimale (und daher unschädliche) Dosis von Arsen und Quecksilber, den Resten einer therapeutischen Einspritzung, entdeckt." Mit erhobener Stimme fügte er hinzu: "Wir haben hier einen jener Unglücksfälle vor uns, deren Ursachen die Wissenschaft seit einigen Jahren nachspürt, ohne sie bis heute erklären zu können." Hier unterbrach der Gerichtsvorsitzende den Sachverständigen erregt. "Sie haben", rief er, "Ihre Aufgabe überschritten. Man hat sie hier nur vorgeladen, um über Tatsachen zu berichten..."

Dr. Bougrat wurde statt einer verwirkten Todesstrafe zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Er entfloh 1928 aus der Strafkolonie Guayana nach Venezuela. In Venezuela wütete eine Epidemie. Als die Bevölkerung hörte, dass der entflohene Sträfling Arzt war, wurde die Auslieferung verweigert. Bougrat leistete als Bekämpfer der Epidemie Ausserordentliches. Heute wohnt Bougrat in Caracas der Hauptstadt des Landes, und hier traf er jetzt auch mit seinem Rechtsanwalt, Maitre Stefani aus Marseille zusammen. In Bougrats Namen hat Rechtsanwalt Stefani sofort nach seiner Rückkehr nach Frankreich einen Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens gestellt. Sollte dem Antrag stattgegeben werden, so will Dr. Bougrat persönlich vor Gericht erscheinen. Jedenfalls ist über den Fall Bougrat, wie es seinerzeit bei der Verhandlung der Verteidiger schon sagte, das letzte Wort noch nicht gesprochen.

+ + +

Zwei Wochen im Streik!

Unerschütterter steht die Front der Berliner Metallarbeiter.

SPD. Seit zwei Wochen stehen die Metallarbeiter im Streik. Seit zwei Wochen kämpfen 130 000 Berliner Werktätige gegen den frivolen und durch nichts begründeten Überfall, den die noch immer hohe Gewinne schluckenden Industriellen gleichsam über Nacht auf die notleidenden Massen verübt haben. Der Brotkorb soll noch höher gehängt, der armselige Haushalt des Metallers noch radikaler beschnitten werden. Unerschütterlich steht die Front, trotz der schamlosen Sabotageversuche, die sowohl RGO als auch Nazis gegen sie unternehmen.

Die tote Stadt.

Hinter Spandau, an der Peripherie Gross-Berlins, liegt Siemensstadt. Es ist eine Stadt der Maschinen, der Hämmer, der Kräne und der Kabel. Hier, wo das Leben bestimmt und geregelt wird von den Sirenen der riesigen Fabriken und Werkstätten, wo das Leben eine ewige Schicht darstellt, zu Tage und zu Nacht, ist wie mit einem Schlage alles erloschen. Unheimlicher, überwältigender Eindruck, wenn man mit dem Vorortzug in früher Morgenstunde in die totenähnliche stille Stadt einfährt. Sonst standen sie da Kopf an Kopf, kaum ein Sitzplatz war frei und unaufhörlich spieen die bis zum Brechen voll geladenen Transportzüge neue Menschenmassen in die von lautem Lärm erfüllten Fabrikstrassen. Jetzt ist man ganz allein im Coupé, die eiserne Stadt ist ausgestorben. Ein Zustand, der vielleicht nur mit jenem des Ruhrgebiets im Oktober 1928 vergleichbar ist, als Essen, Dortmund, Duisburg und Bochum unter der riesigen Abwehrfahne der monatelangen Arbeiteraussperrung der Eisenindustrie standen.

Auf Vorposten!

Ein besonderes Lob gebührt den Streikposten des Metallkartells. Vom frühen Morgen bis in die tiefe Nacht erfüllen sie ihre Pflicht mit jener ruhigen, imponierenden Sachlichkeit und Sicherheit, die das hervorstechendste Kennzeichen des organisierten Gewerkschafters ist. Diese Männer, denen die Not zu Haus bis an den Hals steht, diese Arbeiter, denen die privaten Sorgen fast über den Kopf zu wachsen drohen - stehen unermüdlich und lassen sich weder von den hysterischen Schreiern der RGO verwirren noch von den Nazis, die Händel suchend in Rudeln an den Betrieben vorbeistreichen und die Funktionäre des Metallkartells zu belästigen versuchen.

Suppenpolitiker.

Ein gänzlicher Misserfolg und ein offensichtlicher Versuch, den Arbeitern Sand in die Augen zu streuen, sind die Bettelsuppen der IAH. Mit gewaltigem Tamtam hat man in gänzlich unzulänglicher Aufmachung ein paar Küchen aufgemacht, in denen ein bis zweitausend Streikenden die dünnen Suppen Münzenbergs ausgeschenkt werden. Voraussetzung für die Bewirtung ist natürlich das stramme Bekenntnis zur klassenbewussten revolutionären Linie und der mehr oder weniger freiwillige Eintritt in die Spalterreihen der RGO. Münzenbergs Zeitungspapier macht wegen dieser geradezu lächerlichen Speisungsaktion ein Geschrei, als ob die Metallgewaltigen allein mit der kommunistischen Parteisuppe über den Haufen zu rennen wären. Alles in allem muss man sagen, dass die kommunistische "Opferwilligkeit" hier recht schmachvoll versagt hat.

"Pg." Engel sorgt für den Humor.

Die neuste Errungenschaft der Gewerkschafts- und Arbeiterfeinde von der andern Fakultät ist die "Streikleitung", die die Nazis jetzt aufgezogen haben. Sie haben zwar nur etwa 2000 Anhänger unter den 130 000 Berliner Metallern und dabei noch durchweg Unorganisierte. Aber Herr Engel, ein nationalsozialistischer Stadtverordneter, der diese sagenhafte Streikleitung darstellt, ist sogar ein richtiger Proletarier. Und so kann der "Angriff" des Herrn Goebbels mit Stolz verkündet, dass der "Pg." Engel auf Grund eines Dekrets des Kleinmoguls zum Führer des Metallstreiks avanciert ist, Unter den Metallarbeitern herrscht über

diesen kuriosen "Führer" und seine noch kuriosere Streikleitung uneingeschränkte Heiterkeit. Sie nehmen die Wichtigtuereien des Goebbelschen Renommierproleten mit Humor auf. Und das ist wohl auch die einzig richtige Betrachtungsweise.

Der Kampf geht weiter!

Die Gelben und "Vaterländischen", jene hoffnungslosen Existenzen, denen beim ständigen Kriechen vor dem Unternehmertum das Rückgrat völlig gebrochen worden ist, haben in einem Aufruf, den die reaktionär=kapitalistische Presse mit hörbarem Schmunzeln veröffentlichte, ihre Anhänger aufgefordert, am Montag "geschlossen" die Arbeit wieder aufzunehmen. Trotz eifrigster Bemühungen konnte man jedoch am Montag, selbst unter Zuhilfenahme eines Fernrohrs nicht, die "Gelben Massen" entdecken, die "geschlossen" wieder an die Arbeit gingen. Die derart schamlos zum Streikbruch aufgeforderten "Vaterländischen" blieben hübsch zu Hause -, teils gewiss aus Furcht, teils wohl, weil selbst in ihnen die letzten Anstandsfunken noch nicht erloschen waren; wodurch sie sich vorteilhaft von ihren Führern unterschieden. Eine grössere Blamage als dies Fiasko der "vaterländischen" Streikbrecher, lässt sich wohl kaum denken.

Die Streikfront steht fest und unerschüttert wie am ersten Tage!

+ + +
Prügelei im Frenzel=Prozess. Die Montageverhandlung im Frenzel=Prozess endete damit, dass sich Gertrud und Hilde Frenzel weidlich verprügelten. Die beiden Schwestern waren zum ersten Mal einander gegenübergestellt worden. Als Gertrud bei ihren alten Beschuldigungen blieb, schrie Hilde laut auf: "Du lügst Du Kanaille! Du hast unser Elternhaus ruiniert!" Sofort war die Schlägerei im Gange. Im ganzen Gerichtsgebäude hörte man das Schreien der beiden Geschwister. Nur mit Mühe konnte ihr Kampf durch den eingreifenden Justizwachtmeister beendet werden. Der Angeklagte Frenzel stürzte weinend mit den Worten aus den Saal: "Ich kann das nicht mehr mit anhören!" Die Sitzung wurde aufgehoben.

Vor der Gegenüberstellung der Geschwister kam es zu einer interessanten Aussage Gertruds, als der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Hellwig, auf Veranlassung des Verteidigers Rechtsanwalt Dr. Brandt die Zeugin fragte, ob sie nach Schluss der Sonnabendsitzung in das Bornimer Pfarrhaus gelaufen sei, um sich dort mit dem Ehepaar Schenk über den Prozess zu unterhalten. Gertrud Frenzel, die unter den Vormund Dr. Stappenbecks gestellt wurde, damit sie nicht dauernd unter dem Einfluss des Pfarrhauses stehe, musste diese Frage bejahen. Der Vorsitzende, der Gertrud schon am Sonnabend ausdrücklich gebeten hatte, jede Fühlung mit dem Pfarrhause zu vermeiden, ersuchte Gertrud Frenzel nochmals, derartige Besuche und Gespräche ein für alle Mal zu unterlassen.

Hilde Frenzel, die nun als Zeugin aufgerufen wurde, griff Gertrud sehr scharf an und warf ihr Widersprüche und Unwahrheiten vor. Hildegard: "Willst Du denn bestreiten, dass Du mir erzählt hast, für den Pfarrer zu schwärmen?" Gertrud: "Jawohl, das bestreite ich, ich weiss davon nichts". Hilde: "Ich erinnere mich genau, dass Du mir gesagt hast, der Herr Pfarrer sei Dein Ideal". Gertrud: "Ich weiss davon nichts."... Hilde: "Du lügst, Du bist eben ein anderes Mädel geworden. Ich führe das darauf zurück, dass Dich die Frau Pfarrer Schenk, vielleicht in bester Absicht, aber zu unserm Unheil, beeinflusst hat".

Als der Sachverständige Sanitätsrat Dr. Lippmann Gertrud ins Kreuzverhör nahm, musste das Mädchen zugeben, dass und in welcher Weise sie von Frau Pfarrer Schenk beeinflusst worden ist. Die intimsten Dinge aus ihrem Eheleben hat diese Hüterin der Sitte und Moral von Bornim dem kaum dem Kindesalter entwachsenen Mädchen mit unverkennbarer Freude an der Geilheit des Themas erzählt... - Und was den Herrn Pfarrer anbetrifft, so muss noch berichtet werden, dass sich am Montag auch jener Ehemann als Zeuge gemeldet hat, dessen Gattin seinerzeit von Pfarrer Schenk zum Ehebruch verführt worden ist. Aus diesem Erlebnis des Pfarrers war ein Mädchen und eine - Scheidung hervorgegangen.

+ + +

Eidverweigerung im Koch-Prozess!

Immer neue Sensationen im Drama von Nachterstedt! Frau Koch beschuldigt ihren Mann eines weiteren Mordanschlags auf Direktor Kramer! Sie schwört, die Wahrheit gesagt zu haben, aber ihre Söhne verweigern den Eid...

SPD. Halberstadt, 27. Okt. (Eig. Ber.)

Die Montagsverhandlung im Halberstädter Mordprozess nahm einen sensationellen Verlauf. Plötzlich behauptete die Ehefrau des Angeklagten, die ihren Mann weiter schwer belastet, dass Koch schon einmal, und zwar im September 1927, versucht habe, Kramer zu ermorden. Frau Koch erklärte:

"Als der erste Schuss auf Kramer abgegeben wurde, war ich an dem Abend in der Badestube in der Grube. Da hörte ich plötzlich einen Knall, konnte aber nicht erkennen, woher er kam. Als ich zwei Minuten später herausging, kam mein Mann hinter dem Zimmermannschuppen hervor, und wir gingen zusammen nach Hause, wo schon das Telefon läutete. Mein Mann wurde sofort zur Markenkontrolle gerufen und als er zurückkam, sagte er mir: "Schade, dass ich ihn nicht getroffen habe, er ging so schön mit seiner Frau draussen bei der Siedlung. Die Beiden könnten aber tüchtig laufen. Die Kugel ist ihm dicht über den Kopf gegangen". (Grosse Bewegung). - Vorsitzender: "Frau Koch, warum haben Sie denn davon nie ein Wörtchen gesagt?" - Zeugin: "Um nicht noch andere Familien unglücklich zu machen, nachdem meine Familie schon unglücklich war. Aber es musste einmal herunter vom Herzen. Er hat mir noch gesagt, er hätte das Gewehr in den Rüben versteckt. Zwei Tage später ging er dann nach Frose, wahrscheinlich um das Gewehr zu meinem Schwager Willi zu bringen." - Vors.: "Ist das wahr, Frau Koch?" - Zeugin: "Jawohl, das ist wahr." - Vors.: "Angeklagter, was sagen Sie dazu?" - Koch (sehr entschieden und ruhig) "Nein, das ist nicht wahr. Meine Frau war an dem Abend garnicht in der Badeanstalt." - Zeugin: (erregt) "Doch ist es so, wie ich erzähle." - Angeklagter: "Nein, Du warst ja in der Wohnung". - Vors.: "Frau Koch, ist das wirklich wahr?" - Zeugin: "Jawohl". - Rechtsanwalt Dr. Braun: "Und Sie wissen genau, dass er Ihnen gesagt hat, die Kugel sei dicht über den Kopf gegangen?" - Zeugin: "Jawohl, das hat er gesagt." - Rechtsanwalt Dr. Braun: "Und das war an einem Abend?" - Zeugin: "Jawohl, es war schon dunkel". - Rechtsanwalt Dr. Braun: "Und warum haben Sie das nicht früher gesagt?" - Zeugin: "Weil ich niemand anders mehr unglücklich machen wollte; aber jetzt habe ich es gesagt, weil ich immer als Lügnerin hingestellt werde."

Vorsitzender, Staatsanwalt und Verteidigung verzichteten auf weitere Fragen. Als anschliessend der Zeuge Willi Koch zum Thema vernommen wurde, erklärte er unter seinem Eide, dass er von seinem Bruder, dem jetzigen Angeklagten, niemals ein Gewehr erhalten habe und dass sein Bruder auch niemals mit ihm über Waffen oder einen Mord gesprochen habe. Man kann also bestimmt annehmen, dass die neue Beschuldigung der Frau Koch eine neue Lüge ist.

Am Schluss der Beweisaufnahme schritt das Gericht zur Vereidigung der Frau Koch und ihrer beiden Söhne Albin und Hans Stölzer, den eigentlichen Belastungszeugen des Prozesses. Der Gerichtsvorsitzende hielt Frau Koch eindringlich vor, dass sie berechtigt sei, den Eid zu verweigern. Trotzdem beschwor Frau Koch unter grösster Bewegung im Saal, dass alles, was sie ausgesagt habe, reine Wahrheit sei. Die beiden Söhne verweigerten den Eid! Albin sagte kurz entschlossen, dass er nicht schwören wolle. Hans zögerte auf die Frage des Vorsitzenden fünf Minuten lang und erklärte dann, dass er gleichfalls den Eid verweigere.

Anschliessend beantragte Rechtsanwalt Braun auch die Vereidigung der Entlastungszeugen der Familie Koch. Robert Koch, Willi Koch und seine Frau leisteten der entsprechenden Aufforderung durch den Vorsitzenden ohne Bedenken Folge. Für die Schuld des Angeklagten spricht also eigentlich nur der Schwur der Ehefrau, die freilich durch ihren früheren Eid, den sie auf Veranlassung des Polizeikommissars Kluge geleistet hatte, schon festgelegt war. Der Sachverständige,

Professor Strauch, der zur Abgabe seines Gutachtens aufgefordert wurde, erklärte im übrigen die Hauptbelastungszeugin für zurechnungsfähig.

An Dienstag früh beginnen die Plädoyers; das Urteil ist gegen Abend zu erwarten.

+ + +

Marthe Hanau vor Gericht!

Unterschlug die energische Frau 52 Millionen Francs? - Zweijährige Voruntersuchung - Das Inseratenmysterium der "Gazette du Franc" am Kelloggtag - Sogar Minister irreführt?

SPD. Paris, 27. Okt. (Eig. Drahtber.)

Nachdem es Frau Marthe Hanau, der berühmtesten Präsidentin der Gazette du Franc, nach und nach gelungen ist, einen grossen Teil ihrer Feinde unter der Anklage des Betrugs und der Erpressung ins Gefängnis zu bringen, wird sie am Donnerstag selbst vor Gericht erscheinen und sich ebenfalls wegen Betrugs und Unterschlagung zu verantworten haben. Der Prozess, dem eine zweijährige Untersuchung vorangegangen ist, wird aufs neue die einzigartige Geschichte des Finanzskandals der "Gazette du Franc" aufrufen und aufs neue die grossen Namen in aller Erinnerung zurückrufen, die mehr oder minder zufällig in das anrüchliche Unternehmen verwickelt wurden.

Die Anklageschrift stellt ein stattliches Buch dar und stützt sich auf zwei Hauptpunkte. Einmal habe das Blatt "Gazette du Franc" durch einen unzulässigen offiziösen Anstrich das Publikum irreführen versucht, darüber hinaus aber habe Marthe Hanau Millionenbeträge unterschlagen. Als Hauptbelastung und Beweis für das offiziöse Gebaren der "Gazette du Franc" wird die Sondernummer des Blattes angeführt, die am Tage der Unterzeichnung des Kellogg-Paktes erschien und die faksimilierten Beiträge aller jener Minister enthielt, die das Friedensdokument unterzeichnet hatten. Auf Veranlassung Herriots, des damaligen Kultusministers, war diese Nummer der "Gazette du Franc" an alle französischen Schulen verschickt worden.

Während aber auf den Vorderseiten des Blattes die bekanntesten Politiker und Staatsmänner mit ihren Artikeln prangten, erschienen rückwärts die dunkelsten Anreissertexte und Annoncen für Gesellschaften der Frau Hanau, und es musste so der Eindruck entstehen, als würde diese Geschäftemacherei von den illustren Mitarbeitern des Blattes geschützt und gebilligt. Als besondere Belastung wird die Tätigkeit der Presseagentur "Interpresse" hervorgehoben, die als "Auskunftsbüro" den Interessen der "Gazette du Franc" diene und die vollkommene Karrumpierung der Handelsteile des "Quotidien" und der seligen "Rumeur" in die Wege geleitet hat.

Die zahlreichen Gesellschaftsgründungen des "Gazette du Franc" werden in der Anklageschrift samt und sonders als fiktive und schwindelhafte Scheinoperationen charakterisiert. Die Anklageschrift stellt fest, dass alle diese Gesellschaften unter der Leitung von Mitarbeitern der Frau Hanau gestanden haben. Die einzige Tätigkeit der Tochtergesellschaften hätte aber darin bestanden, sich gegenseitig die Aktien künstlich in die Höhe zu treiben.

In die verworrenen Geldverhältnisse der Gesellschaften und Deckgesellschaften der Frau Hanau hat auch die Anklageschrift keine Ordnung bringen können. Nach ihrer Rechnung soll die "Gazette du Franc" und ihr ganzer Gesellschaftskomplex 156 Millionen Franken Einlagegelder aufgenommen haben. Von dieser Summe seien 52 Millionen verschwunden, also veruntreut worden. Dieser riesigen Unterschlagung ist Frau Marthe Hanau und ihr geschiedener Gatte Nazare Bloch beschuldigt.

Für die Verhandlungen, bei denen angesichts des unternehmenden und findigen Charakters der Hauptheldin es an tragikomischen Zwischenfällen nicht fehlen wird, sind vorerst zehn Tage bestimmt. Man rechnet jedoch allgemein mit einer Prozessdauer von mehreren Wochen.

+ + +

Die Frenzel=Verteidigung niedergelegt! Als am Montag nachmittag in der Zeugenvernehmung im Frenzel=Prozess fortgefahren werden sollte, kam es zu einem neuen Zwischenfall, der schliesslich so erregte Formen annahm, dass die beiden Verteidiger, die Rechtsanwälte Brandt und Blumenhain, die Verteidigung niederlegten. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Hellwig, warf Hilde Frenzel vor, dass die Erregung, in der sie auf Vertrud eingeschlagen habe, doch nur künstlich gemacht und "Theater" sei. Dr. Hellwig meinte, sich derartige Szenen verbitten zu müssen und glaubte, diese Bitte noch durch die Drohung unterstreichen zu sollen, dass er widrigenfalls Hilde sofort abführen lassen werde. Daraufhin bekam Hilde Frenzel einen Schreckkrampf und brach zusammen. Rechtsanwalt Dr. Brandt erhob sich, um gegen die Ausführungen des Vorsitzenden zu protestieren. Landgerichtsdirektor Hellwig antwortete auf diesen Protest, indem er der Verteidigung das Wort entzog und die Sitzung schloss. Als beide Anwälte in äusserster Erregung sich das Vorgehen des Vorsitzenden energisch verboten, wies Herr Dr. Hellwig darauf hin, dass weitere Erklärungen zwecklos seien, da die Sitzung geschlossen wäre. Eventuelle Mitteilungen seien schriftlich einzureichen. Daraufhin legten Dr. Brandt und Dr. Blumenhain die Verteidigung nieder. In der diesbezüglich abgegebenen Erklärung heisst es: "Die unbegründete Einstellung des Vorsitzenden gegenüber der Zeugin Hilde Frenzel in Verbindung mit anderen Vorkommnissen vor und während der Verhandlung haben uns zu der Ueberzeugung gebracht, dass für uns keine Möglichkeit mehr besteht, unsere Pflicht als Verteidiger weiter zu erfüllen und an der Wahrheitserforschung erfolgreich mitzuwirken".

Trotzdem will der Vorsitzende am Dienstag weiter verhandeln und für Frenzel einen Officialverteidiger bestellen. Es ist natürlich fraglich, ob Frenzel diesen Officialverteidiger auch ohne weiteres annimmt. Es ist sein gutes Prozess=Recht, wenn er verlangt, dass dem neuen Verteidiger Zeit zum Aktenstudium gegeben wird. Da aber das Aktenstudium im Falle Frenzel eine äusserst schwierige und umfangreiche Arbeit ist, besteht die Wahrscheinlichkeit, dass die Prozesspause länger als vier Tage dauern wird. Dann aber müsste der ganze Frenzel=Prozess auf Grund der Strafprozessordnung noch einmal (also zum dritten Male) von vorn begonnen werden.

+ + +
Italienischer Nationaldünkel. Der italienische Aussenminister Grandi hat auf dem faschistischen Kammerbüro einen Gesetzentwurf eingebracht, nach welchem es den italienischen Beamten der Diplomatie und dem Konsulatspersonal verboten ist, Ausländerinnen zu heiraten.

+ + +
Chinesin wird Fräulein Doktor. Fräulein Siso Mei=Jang, eine junge Chinesin, ist die erste Frau, die die Würde eines Doktors rer. pol. in der neueröffneten Hochschule für Politik in Genf erhielt. Das Thema ihrer Doktorarbeit lautete: "Der Anteil der Frau an der englischen Genossenschaftsbewegung."

+ + +
Hochzeit mit 80 Jahren. Der New Yorker Bankier Henry White Cannon, der schon das achtzigste Lebensjahr überschritten hat, heiratete ein 16=jähriges Mädchen, die Tochter eines Richters aus Brooklyn. Cannon war vor dem Kriege Präsident der amerikanischen Chase National Bank.

+ + +
Autokatastrophe in Schweden. Bei einem Eisenbahnübergang in der Nähe von Norrkoeping wurde ein mit sechs Personen besetztes Automobil von der Lokomotive eines herannahenden Zuges erfasst und etwa 300 Meter weit mitgeschleppt. Eine Person wurde getötet, fünf Insassen des Autos erlitten zum Teil schwere Verletzungen.

+ + +

Die Geliebte in die Elbe gestossen. In Dresden wurde die Leiche der 32 Jahre alten geschiedenen Arbeiterin Frieda Crusius aus Radebeul aus der Elbe gezogen. Verschiedene Umstände liessen den Verdacht entstehen, dass die Frau von ihrem Geliebten, dem 48-jährigen verheirateten Schlosser Arnim Krause aus Radebeul, in das Wasser gestossen worden war. Krause, der verhaftet wurde, gab die Tat nach längerem Leugnen zu. Da Zeugen aussagen, dass Krause in letzter Zeit wiederholt versucht haben sollte, Frau Crusius zu einem nächtlichen Gang an die Elbe zu veranlassen, wird angenommen, dass die Tat wohl vorbereitet war.

Ueberall Schnee! In den deutschen Gebirgen hat das Winterwetter eingesetzt. Auf dem Säuling bei Füssen (Algäu) liegt ein Meter Neuschnee; in Oberstdorf trafen schon die ersten Skifahrer ein. Aus Schreiberhau wird ein halber Meter Neuschnee gemeldet.

Mord im Caféhaus. Am Montag wurde in Düsseldorf der Caféhausbesitzer und Grossaktionär Walter Gordon von seinem Schwager, einem Kaufmann Trobitz, durch drei Revolverschüsse getötet. Der Täter, der noch am Sonntag abend geschäftliche Angelegenheiten mit Gordon besprochen hatte, stellte sich nach der Tat der Polizei. Er gab an den Mord aus freiem Antriebe und in vollem Bewusstsein ausgeführt zu haben. Die Motive des furchtbaren Verbrechens sind vorläufig noch unbekannt.

Hochwasser in Schlesien. Die Queiss, ein Nebenfluss der Oder, führt Hochwasser; bei Lauban bildete sich ein grosser See, in Mark-Lissa sind Häuser unterspült. Das Gebiet der Neisseregulierung ist gleichfalls vollkommen überschwemmt, ebenso das Spreegebiet bei Neusalza-Spremberg.

Raubüberfall in Köln. Am Montag vormittag wurde in Köln-Klettenberg die Inhaberin eines Zigarrengeschäftes von einem Räuber überfallen, geknebelt und am Ladentisch festgebunden. Dem Verbrecher fielen sieben Mark in die Hände. Nach der Tat entkam der Räuber, desgleichen sein Komplize, der vor dem Laden Schmiere gestanden hatte; beide sollen aber erkannt sein. Als die Kinder der Ueberfallenen die Mutter in ihrer verzweifelten Lage vorfanden, riefen sie Nachbarn herbei, die die Frau befreiten.

Spritschmugglerurteil. Im Kösliner Spritschmugglerprozess wurden die Hauptangeklagten, die Kauffleute Baschkin und Butterflam, zu je einem Jahr zwei Monaten Gefängnis und zur Zahlung einer Geldstrafe von über einer Million Mark verurteilt. 16 Angeklagte erhielten neben Gefängnisstrafen bis zu einem Jahr hohe Geldstrafen im Gesamtbetrag von ca. 3 Millionen Mark. Wegen Mangels an Beweisen wurden 10 Angeklagte freigesprochen. Endlich wurde auf Einziehung des Kutters "Ko 58" erkannt.

Schülerfreitod. In Kempten (Algäu) erschoss sich der 16-jährige Oberrealschüler Walter Kreher während der Unterrichtszeit auf der Toilette der Schule. Die Motive des tragischen Freitods sind unbekannt; bei seinen Lehrern und Kameraden war Kreher sehr beliebt.

Drei Jahre Zuchthaus für Spionage. Vom ersten Strafsenat des Breslauer Oberlandesgerichts wurde der 32-jährige frühere Schupobeamte Rauner nach längerer Verhandlung, die unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfand, zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Rauner soll Landesverrat zu Gunsten Polens verübt haben.

Gewerkschaftliche Rundschau

Woher nehmen?

Neufinanzierung des Arbeitslosenschutzes.

SPD. Arbeitgeber und Regierung wollen das Finanzproblem des Arbeitslosen-
schutzes in einem bedenklichen Ausmass von der Ausgabenseite her meistern.
Die Regierung hat in ihrem Programm weitere "Reformen" der Arbeitslosenver-
sicherung als dringlich notwendig gefordert, und die Arbeitgeber verlangen
"besseren Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben der Reichsanstalt." Beides
bedeutet erhebliche Abstriche an den Unterstützungen.

Ist eine weitere Senkung der Unterstützungsleistung noch möglich? Die Un-
terstützung ist bereits im vergangenen Jahr und im letzten Sommer durch die
Notverordnung erheblich abgebaut worden. Die Kosten für den einzelnen Unter-
stützten wurden im Durchschnitt von 91 auf 80 Mark pro Monat heruntergedrückt,
wobei zu beachten ist, dass in dieser Summe auch die Aufwendungen für die Kran-
kenversicherung des Arbeitslosen und für die allgemeinen Verwaltungskosten ent-
halten sind. Zu beachten ist ferner, dass wir es nicht mehr mit vorübergehender
Arbeitslosigkeit, sondern mit einer lang anhaltenden Not zu tun haben. Die Un-
terstützung muss der Dauerarbeitslosigkeit angepasst werden und also auf einer
Höhe bleiben, die ein Absinken des Arbeitslosen in die völlige Verelendung ver-
hindert. Wie an der Höhe so kann auch an der Dauer der Unterstützung nicht mehr
gekürzt werden. Eine Kürzung der Unterstützungsdauer in der Versicherung bedeu-
tete überdies nur eine Abschiebung der Arbeitslosen zum Wohlfahrtsetat der Ge-
meinden. Mit einer Verschärfung der Bedürftigkeitsprüfung oder gar mit einer
Umwandlung der Arbeitslosenversicherung in eine neue Erwerbslosenfürsorge wä-
re ebenfalls nichts erreicht. Die Ersparnis der Reichsanstalt bei Einführung
der Bedürftigkeitsprüfung machte ja nur ganze 2% der Gesamtausgaben aus.

Das Finanzproblem muss also vor allem von der Einnahmeseite her angepackt
werden. Hierfür macht Franz Spliedt vom ADGB in dem demnächst erscheinenden
neuesten Heft 10 der "Arbeit" beachtenswerte Vorschläge, die folgendermassen
aussehen: Verknüpft mit einer wirklichen Sicherung der Leistung und mit der
Gewährung notwendig werdender Reichsdarlehen braucht ein Beitrag von 6½%, so
schwer er auch die Arbeitnehmer belastet, zur Ueberwindung der Krise nicht un-
erträglich zu sein. Er böte die Möglichkeit, jahresdurchschnittlich rund 1,8
Millionen Arbeitslose aus den eigenen Beitragseinnahmen zu unterstützen. Den
amtlichen Berechnungen für das Finanzjahr 1930/31 liegt eine Durchschnitts-
zahl von 1 860 000 Unterstützten zugrunde. Für 1931 ist mit einer nicht wesent-
lich höheren Durchschnittszahl zu rechnen, wenn man schwere innen- und aussen-
politische Störungen ausser Anschlag lässt. Dazu kommen weitere Einnahmeque-
llen. Die Beamten tragen das ihnen zugemutete Opfer eines 6%igen Gehaltsabbaus
gemeinsam mit fast allen Arbeitnehmern, denn durch Beschneidung der Akkordlöhne
ist für die Arbeiter bereits eine erhebliche Lohnsenkung eingetreten. Trägt
der Arbeiter trotz Lohnabbau für seinen Teil einen Arbeitslosenbeitrag von
3 1/4% seines Lohnes, so wird der Beamte unschwer einen Beitrag von 4% tragen
können. Dies würde etwa 340 Millionen Mark jährlich ergeben. Den Beamten wären
gleichzustellen die Angestellten, soweit sie nicht bereits der Arbeitslosen-
versicherung unterliegen. Würde auch hier ein Beitrag von 4% des Gehalts fest-
gesetzt, so würde sich eine weitere Einnahme von jährlich mindestens 80 Millio-
nen ergeben. Hinzutreten würden weitere etwa 518 000 Angestellte, die wegen

Überschreitung der Krankenversicherungspflichtgrenze (3 600 Mark) zwar nicht krankenversicherungspflichtig, wohl aber angestelltenversicherungspflichtig sind (bis 8400 Mark). Sie zahlen zur Zeit Beiträge nur von einem Einkommen von 3 600 Mark. Würde auch das übrige Einkommen zwischen 3600 und 8 400 Mark für die Berechnung der Arbeitslosenbeiträge herangezogen, so könnte sich eine Mehreinnahme von schätzungsweise etwa 20 Millionen Mark ergeben. Zu prüfen wäre ferner, ob auch jetzt noch die Landwirtschaft in so weitem Mass die Freistellung von der Versicherung beanspruchen kann. Nach vorsichtiger Schätzung würde ein Einnahmeertrag von etwa 35 bis 40 Millionen Mark aus der Landwirtschaft zu erwarten sein. Heute bilanziert die Landwirtschaft in der Arbeitslosenversicherung zu Lasten der übrigen Versicherungsgruppen; es würde also mit ihrer Heranziehung lediglich ein gerechter Ausgleich geschaffen.

Aus all dem würde sich eine Mehreinnahme von mindestens 450 bis 475 Millionen ergeben. Damit könnten weitere rund 500 000 Arbeitslose im Jahresdurchschnitt unterstützt werden. Zusammen mit den aus einem $6\frac{1}{2}\%$ igen Beitrag zu deckenden Lasten für 1,8 Millionen Arbeitslose ergäbe sich also eine Gesamtzahl von 2,3 Millionen Arbeitslosen, deren Unterstützung im heutigen Umfang zu decken wäre, also eine Zahl, die um 440 000 höher liegen würde als die Zahl, die den Berechnungen für 1930 zugrunde gelegt ist. Aller Voraussicht nach könnten also die Beiträge mässig gesenkt werden, ohne dass das Reich für Darlehen in Anspruch genommen zu werden braucht. Es würde nur als Garant hinter der Versicherung stehen, wenn entgegen aller Vermutung, vielleicht aus schweren inneren politischen Konflikten, die Arbeitslosenzahl im kommenden Jahr die den Berechnungen zugrunde gelegten Grenzen überschreiten würde. Es ist sogar anzunehmen, dass nicht unerhebliche Summen frei werden könnten für eine Entlastung der Krisenunterstützung und bei ihrer Umstellung für eine Entlastung der kommunalen Wohlfahrtspflege. Die Wirkung der vorgeschlagenen Mehreinnahme liesse sich schliesslich noch steigern durch die Abdrängung der pensionierten Beamten und Wartegeldempfänger vom Arbeitsmarkt. Würden, gering geschätzt, nur etwa 10% der Gesamtpensionssumme von jährlich etwa 1,9 Milliarden Pensionen und Wartegelder frei, so würden etwa 200 Millionen Mark den Zwecken des Arbeitslosenschutzes zugeführt werden können, oder aber es würden entsprechend Arbeitsstellen frei und es träte so eine Entlastung der Arbeitslosenversicherung ein.

Diese Darstellung Spliets zeigt, dass eine ausreichende Finanzierung des Arbeitslosenschutzes ohne Herabsetzung der Leistungen und bei Beseitigung der durch die Notverordnung herbeigeführten schweren Ungerechtigkeiten sehr wohl möglich ist. Auch Spliet verkennt nicht, dass die Heranziehung von Schichten, die ihrem Beschäftigungsverhältnis nach nicht in den Genuss der Versicherungsleistung kommen können, versicherungstechnisch erwünscht ist. In normalen Zeiten wäre eine solche Massnahme abzulehnen. In diesen Tagen furchtbarer Not jedoch darf von den Kreisen, die gegen Arbeitslosigkeit geschützt sind, ein Opfer verlangt werden. Dass neben der finanziellen Sicherung des Arbeitslosenschutzes das Problem auch vom Arbeitsmarkt her - wie es Gewerkschaften und die preussische Regierung fordern - angepackt werden muss, versteht sich von selbst.

SPD. Am Montag fand in Dresden im sächsischen Arbeitsministerium unter dem Vorsitz des Ministers Richter eine neue Besprechung zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern über die Frage der Arbeitsstreckung durch Arbeitszeitverkürzung statt. Die Vorschläge des Ministeriums erstreben die Freimachung von Arbeitsplätzen im Wege freier Vereinbarung für einzelne Betriebe. Es soll entweder die Wochenarbeitszeit verkürzt oder eine grössere Zahl von Schichten eingeführt werden. Auch denkt man an eventuelle Verlängerung der täglichen Gesamtarbeitszeit, um so die Arbeit auf weniger Wochentage verteilen zu können. Schliesslich sollen Doppelverdiener durch Arbeitslose ersetzt und alle Ueber-

schreitungen der gesetzlichen oder tariflichen Arbeitszeit unterbunden werden.

Die Besprechungen brachten leider noch kein positives Resultat. Sie mussten zunächst auf Freitag vertagt werden, weil die Arbeitgebervertreter keine verbindliche Erklärung zu den Vorschlägen der Regierung vor der Stellungnahme ihres Hauptausschusses abgeben wollten. Der Hauptausschuss der Arbeitgeber tritt am 6. November zusammen.

Immer langsam voran - - - - -

SPD. Die Verhandlungen zur Lösung des grossen Berliner Metallkonfliktes konnten am Montag noch nicht, wie vorgesehen war, weitergeführt werden. Man rechnet im Reichsarbeitsministerium jedoch bestimmt damit, dass bis Dienstag die Sonderberatungen der beiden Parteien abgeschlossen sind und alsdann die Verhandlungen wieder aufgenommen werden können.

Die Streikfront ist unerschüttert. Lediglich in der Knorrbremse-Lichtenberg, einer jetzt faschistisch verseuchten früheren kommunistischen Hochburg, haben sich etwa 40 bis 50 Gelbe am Montag zur Arbeit gemeldet.

In der linksstehenden bürgerlichen Presse mehren sich die Stimmen, die dafür eintreten, dass die Entscheidung zunächst vertagt wird. In den Kreisen der Metallarbeiter weist man darauf hin, dass eine Lohnkürzung vor Weihnachten eine Brutalität sei, da ja im Dezember durch die vielen Feiertage ohnehin eine enorme Lohneinbusse entstehe.

Die Arbeitspause, die durch den Streik entstanden ist, wird von der Berliner Metallarbeiterschaft zur Ausfüllung der Wissenslücken ausgenutzt. Bei den Volksbibliotheken in Reinickendorf, in Wedding, in Pankow usw. herrscht ein wahrer Massenandrang und eine Massennachfrage nach Büchern.

SPD. Bei den Beamtenrätewahlen der Reichsbahn haben die Nationalsozialisten schlecht abgeschnitten. Für ihre Liste wurden nach dem vorläufigen Ergebnis 8984 Stimmen abgegeben, während die führenden Gewerkschaften Stimmenzahlen in einer Höhe zwischen 50 000 und 90 000 verzeichnen können. Die Nazis haben ihre Anhänger bei der Reichsbahn in der Hauptsache nur unter den oberen Beamten.

SPD. Bei der Westdeutschen Waggonfabrik-Köln, früher van der Zypen & Charlier, ist es infolge rigorosen Lohnabbaus zu einem Streik gekommen. Die Firma verlangte einen Abzug von durchschnittlich 20 Pfennigen pro Stunde, d. h. 16%. Obwohl die Möglichkeit einer Verständigung gegeben war, mussten die Arbeiter am Sonnabend bei der Lohnzahlung feststellen, dass das Werk den Abzug bereits in der von ihm geforderten vollen Höhe vorgenommen hatte. Infolgedessen sind am Montag einzelne Abteilungen in Streik getreten. Die Werksleitung hat daraufhin den Vertretern der Gewerkschaften das Betreten des Werkes untersagt. Beharrt die Werksleitung auf ihrem Standpunkt, dann ist mit ernstesten Verwicklungen zu rechnen.

SPD. In der Tschechoslowakei wird zur Zeit zwischen den Textilfabriken und den Banken wegen Stillegung eines Teils der Spinnereien verhandelt. Man will den vierten Teil aller Spindeln stilllegen.



Agrarpolitik oder Agrariertum?

Von Dr. Fritz Baade.

SPD. Die landwirtschaftlichen Organisationen haben ein neues "Rettenprogramm" für die Landwirtschaft aufgestellt und die Rechtsparteien, Landvolk, Konservative, Deutschnationale und Nationalsozialisten, haben einen Wettlauf angetreten, um dieses Programm durchzusetzen, mit parlamentarischen, lieber aber noch mit ausserparlamentarischen Mitteln. Dieses neue Rettungsprogramm verlangt nicht mehr und nicht weniger als die völlige Loslösung der deutschen Ernährungswirtschaft von der Weltwirtschaft. Das Kernstück sind Massnahmen der Zwangsernährung: 100 %iger Vermahlungszwang von deutschem Weizen, Ersatz des bisher eingeführten ausländischen Weizens durch Beimischungszwang von Roggen- und Kartoffelmehl zum Weizenmehl, Verwendungszwang inländischer Fette zur Herstellung von Margarine, stärkste Drosselung der Einfuhr aller Lebensmittel.

Niemals aber ist ein solches Programm ungeeigneter gewesen, der Landwirtschaft wirkliche Hilfe zu bringen, als jetzt. Solange Deutschland an Lebensmitteln noch einen eindeutigen Zuschussbedarf hatte, war es verhältnismässig leicht die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse hochzuhalten. Schutzzölle, Einfuhrerschwernisse, rücksichtslose Ausnutzung der politischen Machtpositionen auf Kosten der Verbraucherschaft brachten sichere Preisvorteile und es liess sich daher mit diesem System ganz nett arbeiten, wenn man über die politische Macht verfügte und sich über die volkswirtschaftlichen Rückwirkungen auf andere Bevölkerungsschichten wenig Gedanken machte. Das neue Rettungsprogramm stellt dieses überlieferte Agrariertum in 100%iger Reinheit dar.

Wie liegen aber die Dinge in Wirklichkeit? Von Jahr zu Jahr haben wir uns weiter von dem Zustand entfernt, dass Gewaltmassnahmen und die Absperrung gegenüber dem Ausland überhaupt an der Preisbildung landwirtschaftlicher Erzeugnisse und damit an der Lage der Landwirtschaft etwas ändern können. Soweit ein Schutz gegenüber dem Ausland der Landwirtschaft nützen kann, ist er ihr bereits im vollen Umfange bewilligt worden und zwar durch die freiwillige Mitarbeit aller Wirtschaftskreise, der Arbeiter, der Verbraucher ebenso gut wie der Industrie. Es ist aber kein Zweifel, dass unsere landwirtschaftliche Erzeugung seit dem Kriege eine gewaltige Steigerung erfahren hat. Es gibt nur noch wenige landwirtschaftliche Erzeugnisse, bei denen wir bei guten Ernten einen nennenswerten Zuschussbedarf haben. Bei einer grossen Anzahl von landwirtschaftlichen Erzeugnissen decken wir unseren Bedarf, auch bei mittleren Ernten, selber, während bei guten Ernten eine Überproduktion auf den Markt drückt. Das gilt für Hafer, Roggen, Kartoffeln, Zuckerrüben und auch für Schweine. Auch beim Weizen sind wir, wie die Marktverhältnisse zeigen, bereits so weit, dass nicht das Auslandsangebot die Preise verdirbt, sondern das Ueberangebot aus der eigenen Ernte.

Vom Standpunkt der deutschen Volkswirtschaft aus ist diese Fülle sicher zu begrüssen. Jahrzehntlang ist die agrarische Schutzzollpolitik vor allem mit diesem Ziel verteidigt worden. In dem Masse aber, wie Deutschland seinen Lebensmittelbedarf selber deckt, verschwindet die Aussicht der Schutzzölle und damit ist für die Landwirtschaft die Notwendigkeit gegeben, auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik von Grund auf umzulernen. Was früher die schärfste Waffe im Kampf für das landwirtschaftliche Interesse war, die politische Ge-

waltawendung, das ist bei einem wirtschaftlichen Ueberangebot von Agrarprodukten die gefährlichste Torheit.

100%iger Vermahlungszwang für Inlandsweizen ist Unfug und schädigt die Landwirtschaft, wenn eine allgemeine Ueberproduktion an Getreide vor der Tür steht; denn die unausbleibliche Qualitätsverschlechterung kann nur den Erfolg haben, dass der Verbrauch noch stärker zurückgeht und die Absatzschwierigkeiten sich noch mehr steigern.

Was der Landwirtschaft Not tut, das ist lernen, lernen und immer wieder lernen und zwar die wichtigste aller wirtschaftlichen Künste: Verkaufen!

Absatzforschung, Erkenntnis der volkswirtschaftlichen Zusammenhänge, Studium des Verbrauches, das ist heute für die Landwirtschaft notwendiger und kann ihr mehr Hilfe als alle Gewaltausnutzung bringen. Soweit die Ursache der Absatzschwierigkeiten daran liegt, dass den Verbrauchern die angebotene Ware in der Qualität nicht gefällt, muss die dargebotene Qualität auf die Wünsche der Verbraucher eingestellt werden. Soweit es aber daran liegt - und das ist bei den heutigen Absatzschwierigkeiten in starkem Masse der Fall -, dass die Kaufkraft der Verbraucher zu schwach ist, muss die wirtschaftspolitische Energie vor allem auf diesen Punkt gerichtet sein. Hier ergeben sich ganz neue Ausblicke auf die landwirtschaftliche Interessentenpolitik der Zukunft. Es ist geradezu eine Verkennung ihres Klasseninteresses, wenn die deutsche Landwirtschaft heute noch glaubt, sie könnte den schlechten Absatz ihrer Produkte durch künstliche Schwächung der Massenkaukraft verbessern und es ist vor allem ein tragischer Irrtum, wenn sie glaubt, dass ihr Platz in den gegenwärtigen grossen Kämpfen zwischen Arbeiterschaft und Unternehmerschaft um den Lohn und um die Verteilung des Sozialproduktes auf der Seite der Unternehmer und nicht der Arbeiter ist. Für Grossgrundbesitzer mit hohem Lohnkonto ist ein sozialpolitisch reaktionärer Standpunkt zwar auch nicht richtig, aber wenigstens verständlich. Für die grosse Masse der Bauern aber, nicht nur der kleinen, sondern auch der mittleren und grösseren, bedeutet die politische Frontstellung, in die sie sich haben führen lassen, geradezu einen Kampf gegen ihre eigenen Interessen.

Eine Politik, welche die Widerstandskraft der Arbeiterklasse im Kampf gegen den Lohnabbau stärkt, welche dafür sorgt, dass die Kaufkraft derjenigen Schichten erhalten bleibt, die den grössten Teil ihres Einkommens für ihre Ernährung und für die Produkte der deutschen Landwirtschaft ausgeben, das ist zwar das Gegenteil des gewohnten Agrariertums, aber die beste Agrarpolitik und die wirksamste Hilfe für die Landwirtschaft.

SPD. Aus Kreisen der Bauwirtschaft wird uns geschrieben: Der Westdeutsche Zementverband hat dieser Tage eine wirkliche Preissenkung vorgenommen: Die Syndikatskampfmärke "Meteor" wird nicht mehr geliefert. Man hatte diese Kampfmärke erst am 22. September geschaffen und gab sie billiger ab als die übrigen Zementmarken. Man wollte mit der Schaffung einer Kampfmärke den Forderungen nach Verbilligung von Zement Rechnung tragen, wählte aber wahrscheinlich den Ausweg einer Preisverbilligung durch eine besondere Marke, um die besondere Marke bei gelegener Zeit verschwinden und die alten übersetzten Preise wieder in Kraft treten zu lassen. Von diesem Plan hat man jetzt abgesehen. Die Fabrikmarken werden von nun an zu dem Preis abgegeben, der für die Kampfmärke "Meteor" vorgesehen war. Schliesslich wird die frühere Syndikatskampfmärke "Monopol", die bisher nur verkauft wurde, wenn gleichzeitig gewisse Mindestmengen von Fabrikmarken abgenommen wurden, ohne jede Einschränkung geliefert. Da die so kurzlebige Marke "Meteor" billiger war als die Marke "Monopol", bedeutet die Aktion des Syndikats einen wirklichen Preisabbau. In Verbindung mit dem Verzicht auf die Lieferbeschränkungen der Kampfmärkte wird man die ganze Aktion als eine Revision der Preispolitik betrachten dürfen.

Allem Anschein nach ist diese Revision nicht besserer Einsicht entsprun-

gen. Die Zementverbände haben sich den einmütigen Vorhaltungen sämtlicher Verbände und Parteien gegenüber bisher so taub gestellt, dass nicht einzusehen ist, warum sie der öffentlichen Meinung gerade jetzt ein willigeres Ohr leihen sollten. Es scheint vielmehr, dass gewisse organisatorische Schwierigkeiten der eigentliche Anlass zur Revision der Preispolitik waren. Es ist offenes Geheimnis, dass der Verband schwer um seine Existenz ringt und, wenn nicht alles trügt, noch in diesem Jahr durch Nichterneuerung des Vertrages ablaufen wird. Die Entscheidung liegt im wesentlichen beim Wickingkonzern, der im Westdeutschen Verband von jeher eine überragende Stellung einnimmt und die Syndikatszeit vorsorglich dazu benutzt hat, seine Produktionsstätten auszubauen; es sei nur an das grosse Werk in Neuwied erinnert, das erst in diesem Jahr fertiggestellt ist. Der Wickingkonzern dürfte jedenfalls ein Interesse daran haben, seine überragende Kapazität endlich einmal auszunutzen, und die Möglichkeit hierzu dürfte bei seiner technischen Ueberlegenheit und der Grösse seiner Mittel ohne weiteres gegeben sein. Selbstverständlich würden beim Eintritt freier Konkurrenz eine Menge der bisher mit durchgeschleppten Syndikatsfirmen und ebensowohl auch eine gewisse Anzahl der Aussenseiter auf der Strecke bleiben, doch könnte man darin nur eine Bereinigung der längst unhaltbar gewordenen Verhältnisse erblicken. Nicht ausgeschlossen dürfte sein, dass der Wickingkonzern mit solchen Firmen, die seine Preispolitik mitmachen, über kurz oder lang, jedenfalls aber nach Niederringung der nicht mehr lebensfähigen Unternehmungen, von sich aus zu einer neuen Vereinbarung kommt.

Eliegt der Westdeutsche Verband auf, so würden wahrscheinlich auch der Nord- und Süddeutsche Verband, vermutlich ausserdem aber auch der Hüttenzementverband in Schwierigkeiten geraten. Für diesen Fall ist seit Monaten durch den Bündnisvertrag der drei Gruppen Heidelberg-Mannheim-Stuttgart, Dyckerhoff und Schlesi-sche Portlandzement, vorgesorgt. Dem Kampf, der sich aller Voraussicht nach zwischen diesen Stärksten der Starken entwickeln wird, darf man mit Musse entgegensehen. Durch ihn wird man endlich einmal erfahren, um wieviel die Zementpreise übersteigert waren.

SPD. Der internationale Eisenpakt, der unter Wucht der internationalen Wirtschaftskrise zusammenbrach, ist in einer Reihe von Sitzungen, die Mitte Oktober in Paris stattfanden, zusammen eleimt worden. Die Eisenindustrien der beteiligten Länder haben den Pariser Beschlüssen jetzt ihre Zustimmung erteilt. Der Form nach existiert also die Internationale Rohstahlgemeinschaft wieder; zum wenigsten hat man Zeit gewonnen, dieses klassische internationale Kartell neu zu konstruieren.

Die Pariser Beschlüsse sehen vor allem Innehaltung der Gebietsschutzabkommen vor, d.h. der Ueberschwemmung der einzelnen Länder mit ausländischem Eisen soll entgegengetreten werden. An der Aufrechterhaltung der Gebietsschutzabkommen profitiert nach Lage der Dinge vor allem Frankreich, das in letzter Zeit steigend mit belgischem Eisen überschwemmt wurde. Aber auch Deutschland ist an der Aufrechterhaltung des Gebietsschutzes interessiert, da fremdes Eisen durch Aussenseiter in letzter Zeit besonders nach Süddeutschland importiert wurde. Als Gegenleistung scheinen die beteiligten Industrien das Versprechen gegeben zu haben, ihre Produktion zu verringern. Dass die alte Quotenregelung wieder in Kraft tritt, daran ist wohl angesichts der gegenwärtigen Situation nicht zu denken. Es ist Verhandlungen, die in den nächsten Monaten stattfinden werden, vorbehalten, hier zu einer festen Regelung zu kommen. Nach vorliegenden Berichten scheint man sich in den beteiligten Kreisen der Hoffnung hinzugeben, schon im Anfang des neuen Jahres die Internationale Rohstahlgemeinschaft in fester Form aufleben lassen zu können.

SPD. Die vom Reichsstatistischen Amt für die dritte Oktoberwoche (Woche zum 22. Oktober) berechnete Indexziffer der Grosshandelspreise weist eine geringe Abflachung um 0,2% auf und zwar verringerte sich der Index - die Preise 1913 = 100 gesetzt - von 120 auf 119,8. Die Agrarstoffe sind mit 109 gegenüber der zweiten Oktoberwoche unverändert geblieben. Die Kolonialwaren stiegen von 108 auf 108,7 an (Zunahme 0,6%). Bei den industriellen Rohstoffen und Halbwaren liegt eine Verringerung um 0,2% (von 114,1 auf 113,9) vor. Der Index für Produktionsmittel ging von 137 auf 136,7 (- 0,2%) zurück. Der Index für Konsumgüter senkte sich ebenfalls um 0,2% (von 154,1 auf 153,8). Einen Rückgang von 0,2% weist weiter der Index industrieller Fertigwaren auf (Rückgang von 146,7 auf 146,4).

SPD. Der Gesamtvorstand des Reichsstädtebundes hat sich mit dem Finanzplan der Regierung beschäftigt, der als wichtiger Schritt zur Gesundung der öffentlichen Finanzen bezeichnet wird. Mit grosser Besorgnis müsse jedoch festgestellt werden, dass das Programm für die durch die Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge schwer bedrängten Gemeinden im laufenden Rechnungsjahre keine Hilfe vorsieht. Die neuen Steuermöglichkeiten der Notverordnung vom 26. Juli 1930 könnten im günstigsten Falle einen Bruchteil des gemeindlichen Mehrbedarfs decken. Auch die Neuregelung der Krisenfürsorge vom 11. Oktober 1930 bringe keine Entlastung für die Gesamtheit der Gemeinden, sondern bedeute für viele, besonders für die unter 10 000 Einwohnern, eine Verschlechterung ihrer Lage. Staats- und finanzpolitisch sei es nicht vertretbar, die Gemeinden zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Verpflichtung gegenüber dem Heer der Wohlfahrtserwerbslosen auf den gefährlichen Weg neuer kurzfristiger Verschuldung abzudrängen, der überdies für die Mehrheit der mittleren und kleinen Städte nicht mehr gangbar sei. Sofortige Notmassnahmen des Reichs für die Gemeinden seien daher ein dringendes Gebot der Stunde. Dazu gehöre auch weitgehende Arbeitsbeschaffung durch günstigere Finanzierung von Notstandsarbeiten. Schwere Gefahren drohe den Gemeinden auch für 1931, da nach dem Finanzplan der Reichsregierung der Rückgang an Reichssteuereinzahlungen für 1931 erheblich höher sein werde als die Ersparnis infolge der Besoldungskürzung.

SPD. In den Aufsichtsratssitzungen der Sächsischen Bodenkreditanstalt in Dresden und der Leipziger Hypothekenbank A.G. in Leipzig wurde am Montag beschlossen, den zum 25. November einzuberufenden Hauptversammlungen die Verschmelzung beider Institute vorzuschlagen. Die Boden-Kreditanstalt übernimmt die Hypotheken-Bank unter Ausschluss der Liquidation mit Wirkung vom 1. Januar 1931 und tritt gleichzeitig der Gemeinschaftsgruppe deutscher Hypothekenbanken bei. Das Umtauschverhältnis ist 1 : 1. Die Leipziger Hypothekenbank bleibt als Abteilung der Bodenkredit-Anstalt in Leipzig bestehen. Das Aktienkapital der Bodenkreditanstalt wird von neun auf zehn Millionen erhöht. Es ist in Aussicht genommen, den Betrag von acht Millionen Reichsmark als gesetzliche Reserve auszuweisen. Da die Leipziger Hypothekenbank ein Kapital von sechs Millionen Reichsmark hat, müssen die beteiligten Banken (Dresdner Bank, Allgemeine Deutsche Kreditanstalt und Gebrüder Arnhold) fünf Millionen Mark Aktien für diese Transaktion zur Verfügung stellen.

Hausse in Weizen.

(Berliner Getreidebörse vom 27. Okt.)

SPD. Die starken Erhöhungen der Weizenpreise hatten an der Berliner Produktenbörse vom Montag eine ausgesprochene Haussebewegung zur Folge. Bei der Eröffnung gingen am Markte der Zeitgeschäfte die Weizennotierungen um 8 bis 10 Mark zurück. Im Verlaufe schwankte jedoch die Tendenz hin und her. Zunächst befestigten sich die Preise; gegen Schluss schwächten sie sich wieder ab. Am Effektivmarkt konnten sich die Preise etwa im gleichen Umfang befestigen. Trotzdem war das Angebot sehr gering, sodass eine grössere Umsatztätigkeit nicht in Frage kam. Roggen wurde von der Tendenz nur unvollkommen mitgezogen und ging am Markte der Zeitgeschäfte wie auch im Handel mit prompter Ware um etwa 1 bis 2 Mark herauf. Auch hier war kein grosses Angebot vorhanden; die Verkäufer hielten sich zurück. Der Mehlmarkt verkehrte gleichfalls in haussierender Stimmung. Weizenmehl gewann etwa 1 bis 2 Mark, jedoch hielten sich die Käufer merklich zurück. Roggenmehl hatte unverändert stilles Geschäft bei gleichbleibenden Preisen. Am Hafermarkt herrschte stetige Tendenz. Die Umsätze waren nur sehr gering.

	<u>25. Oktober</u>	<u>27. Oktober</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen:	219 - 221	228 - 230
Roggen:	146 - 148	148 - 150
Braugerste	184 - 210	184 - 210
Futter- und Industriergerste	165 - 176	165 - 176
Hafer	141 - 152	141 - 152
Weizenmehl	26,75-34,75	27,50-36,25
Roggenmehl	23,50-26,50	23,65-26,75
Weizenkleie	7,25- 7,75	7,25- 7,75
Roggenkleie	6,75- 7,25	6,75- 7,25

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Dezember 249-250 $\frac{1}{2}$ -250 (Vortag: 241). März 267-269-267 $\frac{1}{2}$ (257). Roggen Dezember 171 $\frac{1}{2}$ -172-169 $\frac{1}{2}$ (169 $\frac{1}{4}$), März 188-186 (187). Hafer Oktober 155, Dezember 157 $\frac{1}{2}$ (156 $\frac{1}{2}$), März 171-170 $\frac{1}{2}$ plus Brief (168 $\frac{1}{2}$).

Amtliche Eiernotierungen.

(27. Oktober.)

SPD. Preise in Pfennigen je Stück im Grosshandel: Deutsche Eier: Trinkeier (vollfrische, gestempelte), Sonderklasse über 65 gr 17, Kl. A 60 gr 16, Kl. B. 53 gr 15 $\frac{1}{4}$, Kl. C 48 gr 14, frische Eier Kl. B. 53 gr 14-14 $\frac{1}{2}$; aussortierte kleine und Schmutzeier 11. Auslandseier: Dänen 18er 18 $\frac{1}{2}$, 17er 18, Estländer 15 $\frac{1}{2}$ -16er 14 $\frac{1}{2}$; Bulgaren 12 $\frac{3}{4}$ -13, Rumänien! 12 $\frac{1}{2}$, Ungarn und Jugoslawen 12 $\frac{1}{4}$ -12 $\frac{1}{2}$. Polen normale 11 $\frac{1}{4}$ -11 $\frac{3}{4}$, kleine, Mittel- und Schmutzeier 10-10 $\frac{1}{2}$. In- und ausländische Kühlhauseier: Extra grosse 14-14 $\frac{1}{2}$, grosse 13-13 $\frac{1}{2}$, normale 11-11 $\frac{1}{2}$, kleine 9 $\frac{1}{2}$ -10. Kalkeier: Extra grosse 13, grosse 11 $\frac{1}{2}$, normale 10-10 $\frac{1}{2}$. Witterung: kühler, Tendenz: fester. Deutsche Eier knapp.

Amtliche Kartoffelnotierungen.

(27. Oktober.)

SPD. Amtliche Kartoffelerzeugerpreise, Berlin, je Zentner waggonfrei ab märkischen Stationen: Weisse 1 bis 1,20, Rote 1,20 bis 1,40, Gelbfleischige (ausser Nierenkartoffeln) 1,40 bis 1,60, Odenwälder Blaue 1 bis 1,20 Mark. Markt in Marlin überfüllt.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 80

Berlin, den 27. Oktober 1930

Eine proletarische Dichterin.^x

SPD. Unter den Frauen, die mit den Proletarinnen fühlten, ihrem Sehnen und Streben; dichterischen Ausdruck zu geben vermochten, nimmt die vor 25 Jahren verstorbene Clara Müller-Jahnke eine führende Stellung ein. Ihre Dichtungen sind gerade deshalb so besonders bedeutungsvoll, weil nicht nur das Mitleid aus ihnen spricht, sondern das Mitfühlen eines Menschen, der selbst durch unendlich viel Not gehen musste.

Clara Müller ist am 5. Februar 1861 in einem Dorf in Pommern geboren, wo ihr Vater Pfarrer war. Vom einfachen Schäfersohn mit mangelhaftester Bildung hatte er es durch eigene Kraft und Energie zum Studium der Theologie gebracht. Er schloss sich der Freiheitsbewegung seiner Zeit an und trug unter dem Hemde verborgen die schwarzrotgoldenen Farben. Längst war er als oppositionell bekannt und konnte deshalb keine Anstellung finden. Da zog-1848 ein Haufen trotziger Bauern vor das Rathaus in Belgard, um sich den verrufenen Demokraten als Pfarrer nach dem Dörfchen Lenzen zu holen. "Wir wollen em - und wir kriegen em", erklärten sie. In ihrem autobiographischen Roman bekennt deshalb Clara Müller-Jahnke mit Recht: "Die Opposition liegt mir im Blute".

Hatte Clara von ihrem Vater den Freiheitsdrang geerbt, so von ihrem Grossvater, der Schäfer gewesen war, die Liebe zur Natur. Es sind Gedanken eines echten Kindes des Volkes, die sich in ihren Gedichten finden.

Schon im Alter von 12 Jahren verlor Clara ihren Vater. Die Mutter zog mit ihr nach Belgard, und dort nahm das Mädchen, fast ein Kind noch, Sprachunterricht und musste gleichzeitig schon selber Privatunterricht erteilen. 1877 trat sie in eine Berliner Handelsschule ein und wurde dann Buchhalterin in einer Tappetenfabrik. In dieser Stellung lernte sie die ganze Not, das grosse Elend des Proletarierdaseins kennen. Damit erwachte in ihr auch das Verständnis für die traurige Lage der erwerbstätigen Frauen und die Erkenntnis der Notwendigkeit des proletarischen Freiheitskampfes. Aus solcher Erkenntnis entstand ihr Gedicht "Genug der Qualen!"

Ich ging mit dir durch alles Elends Tiefen,
Geknechtet! Volk, durch einen Pfuhl der Schmach.
Die Stimmen hört' ich, die nach Freiheit riefen,
Und meine Seele hallte zitternd nach.
Ich schlief mit dir in deiner Armut Hütten,
In die kein Mondlicht mild verklärend scheint.
All deinen Jammer hab' ich durchgelitten,
All deine Tränen hab' ich mitgeweint....

Aber auch der Hoffnung auf Erlösung gab Clara Müller Ausdruck, so in dem Gedicht "Freiluft!"

Ich knie an deinem Lager,
Zertretner Proletar.
Dein Antlitz, fahl und hager,
Stell' ich den Sternen dar.
Freiluft in deine Stuben - - -
Geh lachend in den Tod:
Ich hebe deine Buben
Ins leuchtende Morgenrot!

Und sie ruft den Arbeiterinnen zu: "Wacht auf!":

Ihr werdet mannhaft kämpfen im Gefechte

Und werdet siegen und im Rate stehen

Und selbst bestimmen eure Menschenrechte!

"Um trocken' Brot verkauft! ich Geist und Gunst", klagte die Dichterin, als sie ihrer Mutter zuliebe die Stellung als Privatlehrerin in der kleinen Stadt annehmen musste. Später trat sie in die Redaktion der "Kolberger Zeitung" ein mit einem Monatsgehalt von 55 Mark. Hier gab sie allem Ausdruck, was das Frauenherz bewegt. Der Schrei nach dem Rechte der Frau, sich als Persönlichkeit zu entfalten, geht durch ihre Gedichte. So ruft sie den Frauen zu:

Erst müsst ihr freie Menschen sein,

Um freie Menschen zu gebären.

Es gilt der Kampf auch euch, ihr Frauen,

Und eure Kinder werden einst

Der Freiheit Maitag feiernd schauen!

Kühn verlangte Clara Müller nach Liebe und Mutterschaft. So wurde sie zur Rebellin gegen die bürgerliche Moral, zur Kämpferin für Freiheit und soziales Recht.

Während ihrer schweren Redaktionstätigkeit trat plötzlich ein Umschwung in Clara Müllers Verhältnissen ein. Eine grössere Erbschaft fiel ihr zu und brachte ihr die äussere Freiheit, die ihr die Arbeit nicht zu geben vermocht hatte. 1900 gab sie einen Gedichtband heraus und bald darauf "Sturmlieder vom Meer". Auch das schönste Glück des Lebens kam zu ihr durch ihre Heirat mit dem Maler Jahnke. Mit ihm verlebte sie frohe Monate auf Capri. Was ihr die Ehe bedeutete, drückte sie aus in dem Gedicht: "Ehe":

Hart dein Schritt an meiner Seite,

Fest im Kampf und leicht im Spiel.

Unsre Augen schau'n ins Weite,

Und sie schau'n nach einem Ziel.

Der Maler baute der geliebten Frau in der märkischen Heimat ein Häuschen voller Poesie und Kunst, so recht ein Heim für eine Dichterin. In diesem Augenblicke höchsten Glückes wurde Clara Müller-Jahnke von einer tückischen Grippe erfaßt und erlag ihr am 4. November 1905. In der Nähe von Wilhelmshagen bei Berlin hat der trauernde Gatte der Toten ein Denkmal errichtet. Mitten im Walde steht ein mächtiger Granitblock, der die Stätte bezeichnet, an der eine der grössten proletarischen Dichterinnen ruht. Auch ihre gesammelten Werke hat ihr Gatte im Verlag der "Vorwärts"-Buchhandlung herausgegeben. Die Arbeiterin unsrer Zeit findet in dieser Sammlung Stolz, Kraft, Ansporn zum Kampf und Trost. Wie die Tote geehrt sein wollte, hat sie selbst in einem ihrer letzten Gedichte gekündet:

Nicht, dass du ihm ein prächtig' Denkmal baust,

Mit tausend Tränen seine Gruft betaust

Und heimlich hoffst, dass euch der Tod vereint,

Nicht dadurch ehrst du den gestorb'nen Freund.

Wenn du das Werk, das ihm nicht mehr gelang,

Bis an sein Ende führst mit Treu' und Dank,

Wenn deine Hand die Blütenkrone hegt

Des Baumes, den er knospend einst gepflegt,

Wenn dem, was er geliebt, dein Herz erglüht,

Sodass in dir sein Wesen nochmals blüht,

Sodass du lebst und schaffst in seinem Geist,

Das ist's, wodurch du ihn dem Tod entreisst.

Anna Bloss.

Kino in französischer Kolonie.^x

SPD. Algier im Herbst. Riesenplakate in den Hauptstrassen verkünden: Miss Cavell im Empire=Kino! Die grösste Heldenfrau des Weltkriegs! Von den Barbaren erschossen!

Niemand beachtet die schreiende Reklame. In den Nachmittagsstunden lastet schwüle Atmosphäre auf den Strassen. Der Uebergang zum Abend bringt keine Abkühlung. Auf den Boulevards rotieren die Sprengwagen. Der Himmel ist bleigrau. Der Schirokko trägt feinen Sandwind aus der Sahara über die Stadt.

Gegen 7 Uhr flammen die elektrischen Birnen über dem Empire=Kino auf, - die "Miss Cavell" sticht in mattglühenden Punkten in den bleiernen Himmel. Eine einzige schwache elektrische Birne erhellt den Eingang. Der Saal liegt im Dunkel und ist leer. An der Kasse höre ich: "Der Film läuft um 21 Uhr". Also noch zwei Stunden Zeit!

Besorgt, zu spät zu kommen, bin ich ein Viertel vor 9 Uhr wieder im Saal. Noch immer ist kein lebendes Wesen darin. Ich sehe noch einmal auf meine Uhr - schliesslich setze ich mich in der Höhe des Eingangs in einen Korbsessel. Nach einigen Minuten erscheint eine schwarze Platzanweiserin mit weisser Spitzenkrause über der Stirn. Sie knipst die Beleuchtung an. Ein grosser Saal in allen Spielarten von Rot; vom grellsten Zinnober bis zum matten Braun Wände, und Decke. Die leeren Sesselreihen steigen wie Meereswellen von der Bühne langsam nach hinten höher. Das schwarzweisse Billetfräulein weist uns Plätze an und kommt gleich darauf wieder mit gedruckten Programmen. Ich lehne dankend ab, wovon sie jedoch keine Kenntnis zu nehmen geneigt ist - sie bleibt hartnäckig vor mir stehen und hält mir demonstrativ ihren Programmzettel unter die Nase. Ich lehne noch einmal höflich, aber in entschiedenem Tone ab. Sie sagt in schlechtem Französisch: "Alle Herren nehmen ein Programm!" Ich sage: "ich danke sehr, mein Fräulein, ich nicht!" - "Sie müssen, mein Herr!" sagt sie. "Nein, mein Fräulein, ich muss nicht!" sage ich. "Alle Herren nehmen ein Programm", sagt sie wieder. Der weisse Zettel steht andauernd vor meiner Nase. "Bitte, gehen Sie weg, mein Fräulein!" sagte ich ärgerlich. Sie zieht ab und sagt etwas von "geizigem Engländer". Aber es dauert keine Minute, da steht eine andere schwarze Schöne vor mir und hält mir wieder ihr Programm vors Gesicht. "Ich danke, mein Fräulein", sage ich wieder. Das Spiel wiederholt sich in gleicher Reihenfolge. Dann stehen zwei schwarze Damen mit ihren weissen Schürzen und Zetteln vor mir und reden zu gleicher Zeit französisch und arabisch auf mich ein.

Inzwischen ist es 15 Minuten nach 9 Uhr geworden. Der Saal hat sich zur Hälfte gefüllt. Vor der Bühne hat eine Kapelle Stellung genommen und stimmt ihre Instrumente. Gleich legt sie los mit einem bekannten Marsch von Richard Wagner. Unterdessen strömt neues Publikum ins Parkett. Offiziere mit Damen, Lebemänner im Smoking, Kavaliere aller Grade, viele, sehr viele Damen, in Hut und Mantel, andere in grosser Abendtoilette. Eine bummerige Hitze ist im Saal, und ein Geschwirr von lauten Reden und Rufen mischt sich mit den starken Blechklängen der Kapelle und erfüllt den Raum. Damen und Herren rauchen. Durch die Sitzreihen schlängeln sich schwarze Kellner mit Likören, Schokolade, Nüssen, Früchten. Es ist bereits 9 Uhr 20. Da ertönt ein schwerer, dumpfer Gongschlag. Das Orchester setzt zum zweiten Male ein: Die "Carmen"-Ouvertüre durchschmettert den Saal. Das Tongewirr ist zum Getöse gesteigert. Endlich wieder Gongschlag und: Licht aus! Ein lautes Gelächter, das langsam verebbt. Die weisse Bildfläche erscheint vorn. Der Kapelle spielt einen orientalischesüssen Tanz. Auf der Leinwand tanzen bunte Reklameschilder. Die Hitze im Saale steigert sich zu einem narkotischen Dufferausch. Die Damen entledigen sich ihrer Mäntel und legen diese über die Rückenlehnen der vor ihnen stehenden Sessel. Im ganzen Saale wird geraucht, getrunken und geschwätzt.

Endlich erscheint die Ankündigung der "Miss Cavell" auf der weissen Wand. Dann ihr Portrait. Ein Frauenbild von etwas verblühter Schönheit mit energiegelichen, aber freundlichen Zügen, gescheiteltem, glatten Haar, in Schwestertracht. Das Publikum wird stiller. Dann beginnt der Bildstreifen zu laufen. Kriegsbilder aus Belgien. Deutsche Infanteriekolonnen, brennende Dörfer, belgische Zivilisten zwischen einstürzenden Häusern und Trümmern. Die Spruchbänder im Film erscheinen französisch und arabisch. Das Publikum steht bereits im Banne der Handlung, obwohl eine geschlossene Schilderung folgerichtiger Ereignisse gar nicht da ist. Immer wiederkehrende Wiederholung kriegerischer Vorgänge und doch merkbar zunehmende Spannung im Zuschauerraum. Die Not der Belgier ist gross. Die englische Krankenschwester Miss Cavell erscheint als Schutzengel der Belgier. Sie hilft, wo sie kann, und selbst gegen deutsche Soldaten ist sie freundlich. Bei einer solchen Szene ruft eine Stimme im Parkett laut: "Voilà!" ("Da haben wir's!") Miss Cavell wird von den Belgien vergöttert. Sie verhilft den belgischen Zivilisten zur Flucht. Das ist jedoch vom deutschen Kommando strengstens verboten. Miss Cavell kommt vors Kriegsgericht. Die Spannung im Publikum ist aufs höchste gestiegen. Man hört seinen eigenen Stenzug. Miss Cavell wird vom deutschen Kriegsgerichte zum Tode verurteilt. Die Spannung im Saale ist zum Platzen. Totenstille liegt in dem mit schwitzenden Menschenleibern angefüllten Riesensaale. Miss Cavell wird auf den Richtplatz geführt. Mit freiem Auge steht sie nach ihrem letzten Gebete. Sie wehrt die Augenbinde ab, und so stirbt Miss Cavell unter den Infanteriekugeln der deutschen Soldaten, eine echte Heldin, am 12. Oktober 1915 in Brüssel.

Der Filmregisseur arbeitet mit denkbar einfachen Mitteln und erzielt eine treffsichere und starke Wirkung. Kein Laut im Publikum unterbricht die Bilderreihe. Nur das Schluchzen der weinenden Frauen erschüttert leise das Schweigen. Unter dem Geräusch der Taschentücher und den leisen Klängen eines Trauermarsches endet die Vorführung.

Wieder erstrahlt der Raum in seinem betörenden Rot. Auf unzähligen Frauengesichtern liegt der verstörte Schmerz des Erlebten in jenem zarten Uebergang, den der Anblick des Todes auf das Anflitz der Menschen legt, wenn sie sich von einem offenen Grabe abwenden und ins Leben zurücktreten.

Miss Cavell war als Heldin für ihr Vaterland gestorben. Alle diese fremden Menschen hatten den süssen Schmerz eines solchen Todes in dieser Stunde auskosten. Wie viele von allen den Frauen, die hier sassen, mögen wohl bereit sein, einen solchen Tod zu erleiden? Die Lichtflut der Boulevards in der Mitternachtsstunde erstickt eine solche törichte Frage.

Alwin Reissmann.

Berliner Siedlungspolitik.^x

SPD. In jeder Grosstadt gibt es Fremdenrundfahrten, die an allen "Sehenswürdigkeiten" vorbeischwirren und sich als ein Durcheinander von Schlössern, Kirchen, Amtsgebäuden - kurzum: von allen Repräsentationsbauten, im Gehirn des wenig beneidenswerten Teilnehmers niederschlagen. Dieser Begriff "Sehenswürdigkeit" ist dringend einer Revision bedürftig. Wer von einer fremden Stadt nur die historischen Bauwerke kennen lernt, der kann sich von ihr keinen rechten Begriff machen. Die moderne Grosstadt ist keine Königs- oder Bischofsresidenz mehr, sondern die Arbeits- und Wohnstätte der Masse. Das gilt erst recht für eine Weltstadt, deren historischer Kern fast wie ein lächerliches Ueberbleibsel wirkt, und in der die Gegenwart die Vergangenheit längst in die Ecke gedrückt hat: für Berlin.

Von dieser Erkenntnis ausgehend hat die Zeitschrift "Die Bauwelt" Gesell-

schaftsfahrten um die Reichshauptstadt eingerichtet, die einen Ueberblick ge-
währen über die Entwicklung der Berliner Aussenbezirke. Eine Strecke von beina-
he 140 Kilometern, also nicht viel weniger als die Entfernung von Berlin nach
Halle oder Leipzig, muss das Auto zurücklegen, um, einschliesslich einiger Auf-
enthalte, in 8 Stunden diese Aufgabe zu bewältigen. Diese Rundfahrt, die einen
Begriff gibt von der ungeheuren Ausdehnung der Reichshauptstadt mit ihren 4½
Millionen Einwohnern, ist nicht allein für den Architekten interessant, sondern
auch für den Sozialpolitiker, der im Siedlungsproblem eine der brennendsten Ge-
genwartsfragen erkennt. Die Lösung des Berliner Siedlungsproblems geht weit über
die lokale Bedeutung hinaus: Berlin ist nun einmal - dank der unverkennbaren
zentralistischen Tendenz der deutschen Wirtschaft und Kultur, die sich in der
erstaunlichen Bevölkerungszunahme der Reichshauptstadt ausdrückt - auf dem Ge-
biete des Siedlungswesens führend.

Eine ungeheure Fülle von Eindrücken hinterlässt diese Rundfahrt. Es ist
hier nicht möglich, alle wesentlichen Merkmale der Siedlungen in zwei Dutzend
Vorstädten auch nur anzudeuten. Zwei Marksteine der modernen Entwicklung muss
man ins Auge fassen, um die geradezu revolutionäre Umgestaltung des Berliner
Wohnungsbaus zu verstehen: den 1920 erfolgten, durch die Hohenzollern jahrhün-
dertlang hintertriebenen Zusammenschluss von Gross-Berlin und das neue Bauges-
etz von 1925. Erst nachdem das Gegeneinanderarbeiten von Staat und Stadt und
der zahllosen Einzelgemeinden beseitigt war, konnte an eine grosszügige, gemein-
nützige Siedlungspolitik gedacht werden. Die Beseitigung des hearsträubenden
Bebauungsplanes von 1862, der Mietskasernen um enge, lichtlose Hinterhöfe - bis
zu 5 Höfen hat man sich verstiegen! - diktierte, war die Voraussetzung für eine
hygienische, neuzeitliche Bauweise. Die moderne Technik, die Flachdächer, Zen-
tralheizung, Warmwasserversorgung und Zentralwaschküchen ermöglichte, war ein
weiterer Bundesgenosse des Fortschritts.

Einen ersten Anstoss empfangt die Siedlungstätigkeit durch die Auflassung
des ehemaligen königlich preussischen Exerzierplatzes, des Tempelhofer Feldes.
Es ist ein wahrer Segen, dass seine Bebauung nach den ersten zwei Jahren durch
den Ausbruch des Krieges unterbrochen wurde. So blieb die ursprünglich geplante
unsoziale und hygienische Bauweise in den Anfängen stecken, und als man dann
nach dem Umsturz an den Weiterbau schreiten konnte, dachte niemand mehr an Hin-
terhäuser und Schwindsuchtsherde, die ein schauerliches Merkmal des älteren Ber-
lin geworden sind. Eine menschenwürdige Wohnweise, wie sie vor dem Kriege nur
den oberen Zehntausend vorbehalten war, ist heute, dank der emsigen Tätigkeit
der gemeinnützigen Baugesellschaften, auch der Proletarierfamilie möglich. In
Siemensstadt bei Spandau, wo die 20.000 Arbeiter und Angestellten der Siemens-
Werke wohnen, und im Nordosten, in Pankow, hat man sogar Fernheizwerke errich-
tet, die hunderte von Wohnungen billig beheizen. Aber auch in den ärmeren Gegen-
den, in Lichtenberg z.B., kommt die neue Bauweise den Anwohnern der Häuser-
blocks zugute. Die Randbebauung gibt riesige Flächen, die ehemals mit Hinter-
häusern bedeckt wurden, für Gärten und Kinderspielplätze frei. Arbeiterkinder
brauchen nicht mehr wie früher auf der Strasse zu spielen; für alle, deren Müt-
ter tagsüber auf Arbeit gehen, sind muster-gültige Kindergärten eingerichtet,
in denen sie gegen geringes Entgelt gespeist werden.

Das neue Gemeinschaftsgefühl, das in diesen Siedlungsanlagen zum Ausdruck
kommt, hat sich auch stilschöpferisch betätigt. Es wird heute nicht mehr wie in
den Zeiten des bürgerlichen Individualismus, des "freien Spiels der Kräfte", wild
durcheinandergelassen, in allen beliebigen historischen Stilarten, sondern es wird
durch die grossen, schlichten, nur durch Farbe belebten Flächen ein beruhigender
und monumentaler Gesamteindruck erzielt. Besonders glücklich ist in dieser Be-
ziehung die "Hufeisensiedlung" von Bruno Taut und dem sozialdemokratischen Stadt-
baurat Martin Wagner, deren streng geschlossenes, nur an einer Seite offenes
Oval bedingt ist durch einen ebenfalls ovalen Teich, willkommenen Mittelpunkt
für anmutige, ansteigende Grünanlagen. Bemerkenswert ist ferner eine andere
Schöpfung Tauts in Weissensee, die Siedlung "Karl Legien", der "GEHAG" (Gemein-

nützige Heimstätten=A.=G.). Zu erwähnen sind auch die drei Siedlungen der "B.V.G." (Berliner Verkehrsgesellschaft) im Süden, Norden und Westen der Stadt. Einer originellen, aus Italien übernommenen Idee entspringen die "Laubenhäuser", deren Kleinwohnungen von 2 und 3 Zimmern von Laufgängen aus erreichbar sind, die sich an der Aussenseite der einzelnen Stockwerke hinziehen.

Nicht alles, was das Auge einfängt, ist erfreulich. Man kommt an Protzenvillen vorüber, die 40 und mehr Zimmer enthaltend, in der Inflationszeit erbaut worden sind und fürstliche Barockschlösser vortäuschen. Man sieht Stahlgerüsthäuser, deren Wände fast nur aus Glas bestehen, und die sich für 160.000 Mark vergeblich zum Kauf anbieten. Aber was im Gedächtnis haften bleibt, das sind neben den Wohnblöcken der Proletarier die imposanten Häuser der Arbeit: das Grosskraftwerk Klingenberg und das aus dem gleichen schlichten Material, dem voiletten Eisenklinker, erstellte, eben erst fertig gewordene Reichsknappschaftsgebäude in Dahlem von Max Taut.

Hermann Hieber.

Helianthus.^x

SPD. Am Zaun am Wege stehen Kolonnen von Helianthus, gelbe Blüten aus dunklem Grün, die letzten Spätblumen des Herbstes. Alles um sie her hat bereits der Frost vernichtet und zu Boden gedrückt. Sie aber heben sich auf schlanken Stielen hinauf bis zur Manneshöhe, wie ein Protest des Lebens gegen die kommende Vernichtung.

Da bleiben viele Menschen stehen und haben ihre Freude an diesen Blumen, die mit ihren sternförmigen Blüten ein Stück Sonne und Sommer in die Trostlosigkeit des Herbstes hinübergerettet haben. Sehnsüchtig hängen die Augen der Kinder und Frauen an ihnen. Die Blumen scheinen das zu fühlen. Es ist, als nickten sie über den Zaun: Kommt und pflückt uns; es wird euch niemand verwehren! Ja, niemand von den Kleingärtnern wird es den Händen verwehren, die diese Blumen brechen. Immer waren sie die Verachteten im Garten, die nur den anderen Pflanzen den Platz streitig machten. Proletarierblumen, die nur in den Hecken und Ecken geduldet werden! Proletarierblumen, rauh und fast stachelig in ihren lanzenartigen Blättern, genügsam, und nur im Herbst prangend, wenn die andere Pracht längst verblüht ist. In ihrem Versteck im dichten Stengelwalde nisten die Erdvögel, haben die Mäuse ihr Nest. Im Winter scharren Hasen und Rehe die Wurzelknollen des Helianthus aus dem Schnee hervor, um nicht Hungers zu sterben.

Seid uns gegrüsst, ihr Proletarier der Gärten, ihr letzten Sonnenblumen! Wir wollen noch ein kleines Stück Weges mit Euch gehen, ehe der Winter kommt.

Friedrich Natteroth.

SPD. Berlins älteste Privatmädchenschule.^x Die erste sogenannte "höhere Töcherschule" Berlins war die Neumannsche Schule, die in den fünfziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts gegründet wurde. Ihre Gründerin und langjährige Leiterin war Marie Neumann, die Tochter des literarisch bekannten Wilhelm Neumann, der zu dem Kreise um Chamisso gehörte und mehrfach von Heine verspottet wurde. Die Schule befand sich im ältesten Winkel von Alt-Berlin. Nach dem Tode von Marie Neumann wurde sie als Plehnsche Schule weiter geführt.

Kunst und Wissen

U N T E R H A L T U N G S B E I L A G E D E S S P D

Berlin, den 27. Oktober 1930.

Die harte Schule.^x

Von Weare Holbrook (New York).

SPD. Es hat eine Zeit gegeben, in der die Eltern jede pädagogische Verantwortung dadurch von sich abzuwälzen glaubten, dass sie ihre unbotmässigen Sprösslinge ins Gymnasium schickten. Das war hart für die Lehrer. Aber die Lehrer rächten sich, indem sie den unbotmässigen Sprösslingen Schularbeiten aufgaben. Das war hart für die Eltern, und es ist noch schlimmer seit dem Zeitpunkt geworden, da die Erzieher der Jugend zu der Erkenntnis gelangt sind, dass die Kinder aus der Erfahrung und nicht aus Büchern lernen sollen, und dass die meisten Erfahrungen im trauten Heim erworben werden müssen.

Kürzlich traf ich Herrn Milfred, wie er auf Händen und Knien im Hofe herumkroch. An seinem Halse hing eine leere Konservenbüchse.

"Was machen Sie denn da?" fragte ich ihn. "Rückkehr zur Kindheit?"

"Gewissermassen", antwortete er. "Ich suche Ameisen für unsern Leguan. Der sitzt behaglich im Aalon und wartet auf seine Ameisen."

"Für wen?"

"Für den Leguan. Er gehört zu meinem Jüngsten. In der Zoologiestunde nehmen sie jetzt gerade die Eidechsen durch, und Paul bekam einen Leguan mit. Der Lehrer sagte, er müsse ihn mit nach Hause nehmen und seine Lebensgewohnheiten studieren, die darin zu bestehen scheinen, dass er sich zuerst im Kot herumwälzt und dann auf unserm schönsten Teppich spazieren geht... Sind Sie jemals, wenn Sie morgens aufstanden, auf einen Leguan getreten?"

Ich musste verneinen. "Aber es hätte noch schlimmer kommen können" tröstete ich. "Paul hätte auch ein Krokodil nach Hause bringen können..."

"Das wird er noch tun", sagte Herr Milfred voraus. "Die grösseren Wirbeltiere nehmen sie erst im nächsten Halbjahr durch... Voriges Jahr lernten sie die Biologie der Wassertiere. Sie haben meine Schwiegermutter von ihrer Trunksucht geheilt. Sie hatte die Gewohnheit, in der Nacht eine Stärkung zu sich zu nehmen. Eines Nachts hörte ich aus der Vorratskammer verzweifelte Schreckensrufe ertönen. "Sieh hierher!" rief sie mir zu, als ich ihr zu Hilfe eilte. Auf dem Platze, wo sonst eine Flasche feinsten Wacholderschnapses stand, befand sich ein Gefäss, das einen der wertvollsten Schätze meines Jüngsten - ein See-polypenbaby - barg. Das Seepolypenbaby winkte uns neckisch mit einem seiner Fühler zu, worauf Schwiegermama schauderte und sich zur Flucht wandte. Seitdem hat sie keinen Tropfen Alkohol mehr zu sich genommen."

Als ich Herrn Milfred am nächsten Tage begegnete, trug er seinen rechten Arm in der Binde. "Ich habe Paul bei seinen mathematischen Hausarbeiten geholfen", erklärte er mir.

"Schreibkrampf bekommen?" fragte ich.

"Nein, schlimmer. Ich fiel von einer Leiter. Wir hatten die Aufgabe zu lösen, wieviel es kostet, ein neun Meter langes, sieben Meter breites und zweieinhalb Meter hohes Zimmer zu tapezieren, weinn ein Quadratmeter Tapete 72 Cents kostet."

"Und haben Sie es herausbekommen?"

"Ja," antwortete Herr Milfred. "Es kostet 187 Dollar 94 Cents einschliesslich der ärztlichen Honorare. Als ich noch in die Schule ging, habe ich Dutzende Tapeten- und Fussbodenaufgaben auf dem Papier gelöst. Ich wurde ein erfahre-

ner Tapezierer und Fussbodenleger = in der Theorie. Jetzt aber gilt es für mich, meine Kenntnisse in die Praxis umzusetzen... Uebrigens gut, dass ich Sie treffe!... Haben Sie nicht vielleicht eine Zisterne, die Sie füllen lassen wollen?"

Ich bekannte, dass ich keine habe.

"Das ist fatal", seufzte er. "Ich muss eine Zisterne finden. Pauls Lehrer hat den Kindern eine Zisternenaufgabe gegeben. Ich weiss sie auswendig: Wenn A in einer Stunde 72 Liter in eine Zisterne pumpt und B nur 36 Liter, wie lange werden sie brauchen, um eine Zisterne, die 1400 Liter fasst, zu füllen?"

"Nehmen wir an, dass es regnet..."

"Bei Gott, daran habe ich noch nicht gedacht", rief Herr Milfred hoffnungsvoll aus. "Wir wollen uns die Aufgabe für einen regnerischen Tag vorbehalten."

Als ich Herrn Milfred das nächste Mal traf, ging er gestützt auf zwei Stöcke und hatte die ganze rechte Gesichtshälfte einbandagiert. "Weitere Hausaufgaben?" fragte ich mitfühlend. Milfred nickte. "Wir lernen jetzt die Lehrsätze der Mechanik. Und indem er einen Zettel hervorzog, las er: "Ein Stein wird gegen eine sich nähernde Lokomotive geworfen und prallt zurück. Unmittelbar vor dem Anprall bewegte sich der Stein also in einer bestimmten Richtung und unmittelbar nach dem Anprall in der entgegengesetzten. Der Stein muss sich demnach im Augenblicke des Anpralls für den Bruchteil einer Sekunde in Ruhe befunden haben. Aber er befand sich gleichzeitig in Berührung mit der Lokomotive. Befand sich also auch die Lokomotive im Ruhezustand?"

"Nein", fügte Herr Milfred mit schmerzlichem Nachdruck hinzu, "sie tat es nichtes nicht. Gestern gingen wir nach dem Eisenbahngeleise und versuchten das Experiment beim Herannahen des 6 Uhr 15-Express... Ich bin fast der Ansicht, dass Pauls Lehrer seine Methode der praktischen Nutzenanwendung ein wenig übertreibt... Wenn Paul im nächsten Jahre Latein lernt, wird sein Lehrer ihn vielleicht nach Hollywood schicken, damit er dort das Verbum "amare" (lieben) praktisch konjugieren lernt... Eidechsen, Linoleum und Tapeten gehen ja noch an; aber Lokomotiven! ..."

Es war eine ernste Lehre für ihn gewesen. Als ich wieder eine Woche später an seinem Hause vorüberging, hörte ich Milfred juniors Wehgeschrei. "Was war denn los?" fragte ich Herrn Milfred. "O, nichts von Bedeutung", antwortete er mir. "Paul hat meine Schreibtischuhr zerbrochen, um eine Gleichung ersten Grades auf praktischem Wege zu lösen. Ich habe ihm mit einer praktischen Anwendung des Prinzips des Molekularwiderstandes geantwortet." - Später gestand er mir, dass er nun erst die Vorteile des modernen Unterrichtssystems zu schätzen wisse, das nicht nur die Kinder, sondern auch die Eltern instand setze, von ihren Händen den rechten Gebrauch zu machen. "Denn es wäre eine armselige Schule, nicht wahr, die den Geist bilden und dabei die Handfertigkeit vernachlässigen würde?"

(Einzig berechnete Uebersetzung aus dem Amerikanischen von Leo Kortens.)

Keplers astronomisches Lebenswerk.^x

SPD. Die ganze wissenschaftliche Welt rüstet sich, am 15. November den 300. Todestag eines Mannes zu feiern, der als ein Fürst der Wissenschaft weit über seine Zeit hinausragte und durch seine Forschungen auf dem Gebiete der Himmelsmechanik Bahnbrecher für die neuere Astronomie geworden ist. Am 27. Dezember 1571 wurde Johannes Kepler als schwächliches Siebenmonatskind in der württembergischen Stadt Weil geboren. Seine Jugend war alles andere als schön. Sein Vater, ein unruhiger Geist, befand sich meistens im Kriegsdienst in fremden Ländern, und Johannes musste zu Hause bei vielen schweren Arbeiten helfen. Als

die Eltern sahen, dass ihr Sohn für Landarbeit oder für ein Gewerbe zu schwach war, bestimmten sie ihn zum Studium. Nach dem Besuche mehrerer Klosterschulen konnte der junge Kepler schon von seinem 16. Lebensjahre an die Universität Tübingen beziehen, wo er wegen guter Schulzeugnisse einige Stipendien erhielt, die aber nur gerade die notwendigsten Lebensbedürfnisse befriedigten. Vom Elternhause bekam er keine Unterstützung. Die grösste Bedeutung für Keplers Zukunft hatte sein Lehrer Michael Mästlin, unter dessen Leitung er rasch in die Mathematik eindrang, und der ihn auch in die Lehre des Kopernikus einweihte, die man damals noch nicht öffentlich zu vertreten wagte. Kepler hat den guten Einfluss seines Lehrers nie vergessen, und später, nach der Veröffentlichung vieler schon bedeutender Arbeiten, schrieb er an ihn: "Bester Lehrer, du bist die Quelle des Flusses, der meine Felder befruchtet." Der vortreffliche Mästlin erwiderte neidlos und freudig seinem berühmten Schüler: "Wenn ein Tag den anderen lehrt, warum sollen wir Aeltern die Werke der Jüngeren nicht ebenso schätzen, wie wir wünschen, von ihnen geachtet zu werden. Durch die Nachkommen, nicht durch die Voreltern, steigen Künste und Wissenschaften zu ihrem Gipfel."

Am 11. August 1591 erwarb sich der damals noch nicht zwanzigjährige Kepler in einer ausgezeichnet bestandenen Prüfung die philosophische Magisterwürde. Er sollte darauf Theologie studieren. Aber noch vor Beendigung dieses Studiums erhielt er eine Professur für Mathematik am protestantischen Gymnasium in Graz. Diese Stellung wurde richtunggebend für sein weiteres Leben. Durch die schlechte Besoldung war Kepler gezwungen, sich, dem damaligen Zeitgeist entsprechend, mit der Sterndeuterei zu beschäftigen. Es mag durchaus zutreffen, dass er lange Zeit vom Werte der Astrologie überzeugt gewesen ist. Aber sein Weltbild wuchs mit seiner Forscherarbeit. Wenn heute die Anhänger der Astrologie, die sich wieder an allen Ecken und Enden in übelster Weise breitmacht, mit Kepler einen Kult treiben und sich auf ihn als auf einen der Ihrigen berufen, so geschieht das mit Unrecht. Zu klar hat Kepler in späteren Jahren sich darüber geäußert. "Es ist etwas besser als betteln", sagte er einmal, und ein andermal äussert er sich noch deutlicher: "Es ist wohl die Astrologie ein närrisch Töchterlein, aber du lieber Gott, wo wollt' ihre Mutter, die hochvernünftige Astronomie, bleiben, wenn sie diese närrische Tochter nicht hätte! - Auch sind sonst der Mathematiker Einkünfte so selten und gering, dass die Mutter gewisslich Hunger leiden würde, wenn die Tochter nichts erwürbe."

Not und Unglück waren fast das ganze Leben hindurch Keplers treue Begleiter. Der Dreissigjährige Krieg wirft dunkle Schatten voraus. Kepler wird, da er Protestant ist, mit vielen Anderen aus Graz ausgewiesen. Inzwischen ist aber der grosse dänische Astronom Tycho Brahe, den Kaiser Rudolf nach Prag berufen hatte, auf ihn aufmerksam geworden. Im Anfang des Jahres 1600 finden wir Kepler als Assistenten Brahes, der sich selbst beim Kaiser höchst unglücklich fühlt, weil es zwischen den verschieden gearteten Männern häufig zu Zerwürfnissen kommt. Nach dem Tode Tycho Brahes im Oktober 1601 wird Kepler sein Nachfolger als kaiserlicher Mathematiker. Nun hatte er das ganze gewaltige Beobachtungsmaterial Brahes zu seiner Verfügung und stürzte sich mit Feuereifer in die grossen Vorarbeiten, bis ihm nach langer Mühe die Entdeckung der Planetengesetze gelang. Erst jetzt hatte das Weltgebäude des Kopernikus, das vorher als graue Theorie erschien, ein festes Fundament erhalten. Kepler bewies im ersten seiner berühmten, nach ihm benannten Gesetze, dass die Bahnen der Planeten Ellipsen sind, in deren einem Brennpunkte die Sonne steht. Er zeigte im zweiten Gesetz, dass sich die Geschwindigkeit des Planeten in seinem Lauf um die Sonne gesetzmässig je nach seiner Entfernung vom Zentralgestirn ändert und im dritten Gesetz bewies er, dass zwischen den Entfernungen der einzelnen Planeten von der Sonne und ihren Umlaufzeiten bestimmte Beziehungen herrschen. Diese so einfach und kurz erscheinenden Sätze waren eine mathematische Riesenleistung, die das neue Kopernikanische Weltbild verankerten. Kepler selbst war glücklich über

diese Entdeckungen, durch die sich ihm die Harmonien und der Wunderbau der Welt offenbarten. Aber auch das Unglück wartete schon wieder auf ihn. Die politischen Verhältnisse spitzten sich zu, und die Geldsorgen mehrten sich. Im Jahre 1611 bricht eine Seuche in Prag aus und nimmt ihm die Gattin und einen Sohn. Dann fällt ein noch grausigerer Schatten auf seinen Lebensweg. Seine alte Mutter, die zu Leonberg in Württemberg lebt, wird auf den Klatsch übelwollender Nachbarn hin der Hexerei angeklagt und mit Folter und Scheiterhaufen bedroht. Der mitten in schwerer Arbeit und Sorge steckende Gelehrte eilt daraufhin in die Heimat, um die Mutter zu retten, was ihm bei seinem Einfluss endlich auch gelingt.

Es ist erstaunlich, was dieser Mann bei den Unruhen seiner Zeit, bei den häufigen Kämpfen um die täglichen Bedürfnisse, für eine gewaltige Arbeit geleistet hat. Nicht weniger als 22 Folianten umfasst Keplers handschriftlicher Nachlass. Ausser seinen Planetengesetzen hinterliess er viele andere umfangreiche Berechnungen und ein hochinteressantes Werk über den Mond, in welchem er dessen Bewohnbarkeit erörtert. Auch auf dem Gebiete der Optik hat er bahnbrechend gewirkt. Das von ihm konstruierte sogenannte Keplersche Fernrohr, das aus zwei konvexen besteht, ist im Prinzip auch heute noch als astronomisches Fernrohr in Gebrauch. Was hätte dieser Gelehrte aber noch alles geleistet, wenn ihn die Sorge nicht so früh ins Grab gebracht hätte! In den Wirren des Krieges wurde ihm das Gehalt nur unregelmässig und zuletzt garnicht mehr gezahlt. Weder der Kaiser noch Wallenstein, an den er gewiesen wurde, konnten oder wollten zahlen. Wallenstein war ja ganz dem Aberglauben der Astrologie ergeben, über den der grosse Kepler längst hinausgewachsen war. So beschloss der Gelehrte, seine Forderungen selbst vor den Reichstag zu Regensburg zu bringen. Aber der sich dem Alter Nähernde hatte sich zu viel zugemutet. Kurz nach seiner Ankunft in Regensburg wurde er aufs Krankenlager geworfen, und sein von den Strapazen der Reise geschwächter Körper erlag am 15. November 1630 dem Ansturm des Fiebers.

Ein Träumer und ein geistiger Revolutionär, der mit kühnem Forschergeist einem grösseren, vollkommeneren Weltbilde Bahn brach - das war Johannes Kepler. Vor 300 Jahren erlosch dieser helle Stern am Himmel der Wissenschaft, aber sein Glanz wird bestehen bleiben bis ans Ende der Menschheit.

Erich Krug.

"Lachende Erben."*

SPD. Sonderlinge hat es immer gegeben, solange die Welt besteht, und die Abgesondertheit war in der Regel ein Luxus, den sich nur reiche Menschen erlauben konnten. Waren sie nicht mit materiellen Gütern überschüttet, dann hatten sie einen reichen Ueberfluss an geistigen oder seelischen Gütern, die ihrem Leben einen anderen Ablauf bestimmten als dem der Durchschnittsmenschen. Waren sie gut - waren sie böse, diese Sonderlinge, waren sie Menschenfreunde oder Menschenhasser, so spielten sie meistens in ihrem Testament der Aussenwelt den gewaltigsten Streich ihres Lebens. Uebermässige Wohltätigkeit oder potenziierter Geiz fanden in einem Testament oft eine unerwartete Krönung. Vielleicht entsprach es auch dem letzten Willen und der Weltfremdheit des Sonderlings, wenn dann die Hölle losbrach und über die Erbschaft sich die Wogen der Habgier ergossen.

Zwei Testamente der letzten Zeit - das eines Menschenfeindes und das eines Menschenfreundes - riefen beträchtliches Aufsehen und viele Streitigkeiten hervor, die zum Teil bis heute noch keine Schlichtung fanden. Eine reiche Budapester Aristokratin, die jahrzehntelang in voller Zurückgezogenheit gelebt hatte, schloss in ihrem Testament ihre ganze Familie von der Erbschaft aus und

bestimmte ihre Millionen zur Gründung von Katzenheimen, in denen alle herrenlosen und herumwildernden Katzen Obdach und eine gute Versorgung bis zu ihrem Lebensende finden sollten. Der Zufall wollte es, dass auch das zweite Testament in Ungarn abgefasst wurde. Das war das Vermächtnis des ungarischen Schriftstellers und Literaturmäzens Baumgarten, dessen Leben in Abgesondertheit und Uebertreibungen hinter dem der oben erwähnten Aristokratin nicht zurückgeblieben war. Auch er schloss seine ganze Verwandtschaft von der Erbschaft aus und stiftete sein Barvermögen und seine Güter im Werte von etwa 20 Millionen zur Gründung eines grosszügigen Fonds, von dem notleidende Literaten nicht nur unterstützt, sondern auch auf lange Studienreisen geschickt, in ihrem Schaffen gefördert und in der Entwicklung ihres Talents vorwärts gebracht werden sollten.

Stöbert man ein wenig in den letzten Jahrzehnten herum, so findet man hufenweise Erbschaftsverfügungen, die, von bekannten und weniger bekannten Persönlichkeiten niedergelegt, lange Zeit die Oeffentlichkeit beschäftigten und an Seltsamkeit nichts zu wünschen übrig liessen. - In Toulouse starb Ende des vergangenen Jahrhunderts eine wunderliche alte Dame, die der Volksmund wegen ihrer Sucht, die Engländerinnen nachzuäffen, "Madame Miss" getauft hatte. Sie vermachte ihr ganzes Vermögen, 7 bis 8 Millionen, einem Unternehmer oder Forschungsreisenden, der eine Karawane von mindestens 500 Mann weiter als bisher Europäer gedrungen sind, in die afrikanischen Einöden führt. Das Testament bestimmte aber noch: Nur dann kann der Unternehmer seine Ansprüche auf die Millionen geltend machen, wenn er wenigstens die Hälfte seiner Mannschaft mit heiler Haut und gesund nach Frankreich zurückbringt.

Mit einer tief tragischen Geschichte ist die grosse Stiftung unter dem Namen Gottfried Kellers in der Schweiz verbunden. Lydia Escher, die Tochter eines schweizerischen Staatsmannes, war mit einem Sohne des damaligen Bundespräsidenten Wolti verheiratet. Ihr Erb- und Hausvermögen betrug Millionen. Sie lebte scheinbar sehr glücklich mit ihrem Manne. Ihre üppigen Mittel gestatteten es den Beiden, so frei und unabhängig, ganz nur den eigenen und gegenseitig verstandenen Neigungen sich hinzugeben, wie es selten der Fall ist. Der Eintritt eines jungen Schweizer Malers, Karl Stauffer, in diesen Hausstand sollte verhängnisvoll für sie werden. Alle drei sahen bald das drohende Schicksal vor sich und wollten es beschwören. Das Ehepaar trennte sich; der Maler zog von dannen, um in seiner Kunst ein Vergessen zu suchen, das er freilich bei seiner Leidenschaft für Frau Lydia, die Erwidderung fand, doch nicht erlangen konnte. Der Scheidungsprozess des Ehepaares erregte grosses Aufsehen. Wie zu einer Busse, die das Schicksal versöhne, vermachten beide Geschiedenen nun ihre Millionen der Schweizer Eidgenossenschaft zu einer "Gottfried Keller-Stiftung". Nach dem schweizerischen Dichter, der kurz vorher gestorben war, wurde die Stiftung sicherlich nur aus Verlegenheit genannt. Nur eine verhältnismässig kleine Leibrente hatte Frau Wolti-Escher sich vorbehalten. Damit endete aber nur der erste Akt der Tragödie. Der zweite Schoss in Rom mit dem Selbstmorde Karl Stauffers, und elf Monate später der dritte mit dem freiwilligen Ende der Frau Wolti-Escher in einer Villa bei Genf.

Wunderliche Schenkungen, ungewöhnliche Ursachen testamentarischer Stiftungen bedeutenderen Wertes ergänzen die erwähnten Fälle in mannigfach interessanter Art. Ein elsässischer Rechtsanwalt hinterliess einige Jahre vor dem Kriege testamentarisch einer Irrenanstalt fast eine halbe Million. Diese Schenkung hatte er auf folgende zynische Weise begründet: Narren haben mich reich gemacht, Narren sollen auch etwas von meinem Reichtum bekommen. - Ein amerikanischer Sonderling, Livingstone, der um 1900 in Florenz starb, wo er sechzehnspännig mit seinen zwei Nichten auszufahren pflegte, vererbte diesen Nichten "zu ihrer Verschönerung" 2 Millionen Francs. Aber auch der Besitzer eines Spielhauses, das er zu besuchen liebte, bekam eine Viertelmillion, ferner sein Omnibus- und sein Fiakerkutscher je 60 000 Francs, die diesen Leuten wie im Traume zufielen.

Nicht minder unverhofft man eine Engländerin, Fräulein Burch, zu einer Erbschaft von 150 000 Pfund Sterling (3 Millionen Mark). Als die glückliche Erbin nach der Ankündigung dieser Tatsache durch einen Londoner Rechtsanwalt sich von ihrem Erstaunen erholt hatte, erfuhr sie folgendes: Sie habe sich eines Tages, im Jahre 1905, inmitten einer Menschenmasse in der Nähe des Buckingham-Palastes befunden, als die glänzende Auffahrt der sich zur Königin begebenden Damen stattfand. Auch ein alter Herr stand in dem Gedränge; er war aus der Provinz. Bald hielt er das Stehen nicht mehr aus und brach ohnmächtig zusammen. Da war es die in seiner Nähe stehende Miss Burch, die sich hilffreich um ihn bemühte und ihn aus dem Gedränge in Sicherheit brachte. Auf sein Verlangen gab sie dem Herrn ihre Karte. Jahr und Tag vergingen, und plötzlich kam der unerwartete Lohn für die Tat. Da der reiche Alte, der keine Angehörigen hatte, nicht wusste, was für eine Bestimmung er seinen Millionen nach seinem Hinscheiden geben sollte, so schrieb er unter einem Erinnern von Menschenliebe sie dem Mädchen zu, dessen Karte er besass.

Schliesslich sei in diesem Zusammenhange auch noch kurz auf den Herzog Karl von Braunschweig hingewiesen, dessen wir uns erst vor wenigen Wochen anlässlich des hundertjährigen Jubiläums seiner Vertreibung vom Thron erinnert haben. Das Vermögen, das er bei seiner Flucht gerettet hatte, schätzte man auf 300 Millionen Francs. Eine seiner Leidenschaften war das Prozessführen um Geld gegen seinen zur Regierung gelangten Bruder und andere Personen. Seine Tochter hatte von der Landgräfin von Baden einen Diamantschmuck als Hochzeitsgeschenk erhalten. Der liebevolle Vater unterschlug den Schmuck und verkaufte ihn der Stadt Paris, als sie ein Geschenk für die Kaiserin Eugenie suchte. Obendrein prozessierte Karl auch gegen seine Tochter, die von ihm eine Million zum Lebensunterhalt für sich und ihre Kinder verlangte. Karl wollte ihr die Summe nicht geben und zahlte lieber das Anderthalbfache des Betrages als Prozessgebühren. In seinem Testament hatte er die Stadt Genf, in der er seine letzten Lebensjahre verbracht hatte, unter folgenden Bedingungen als Erbin eingesetzt: Seine Leiche sollte von fünf Aerzten untersucht werden, um festzustellen, dass er nicht vergiftet worden sei. Dann sollte sie einbalsamiert oder versteinert und in einem Mausoleum nach dem berühmten Muster des Geschlechts der Scaliger in Verona bestattet, und schliesslich sollte dem Verstorbenen ein Reiterstandbild in Bronze und Marmor errichtet werden. Natürlich besann sich die Stadt Genf nicht lange, die Riesenerbschaft anzunehmen. Nach dem Willen des Stifters wurde die Leichenfeier mit einem fürstlichen Pomp begangen, wie ihn sich der Herzog kaum grossartiger gedacht haben konnte. Von den drei Türmen der Kathedrale von St. Peter wehten ungeheure Trauerfahnen mit dem Braunschweiger Wappen. Auf dem neuen Platze hatte man ein riesiges provisorisches Mausoleum nach dem vom Herzog hinterlassenen Muster erbaut. Im Mittelpunkte des Schiffes erhob sich der 50 Fuss hohe Katafalk. Der Sarg war von massivem Silber, in eine Kiste von Palisanderholz eingeschlossen. Während der Trauerzeremonie gab es Kanonenschläge und Glockengeläut in allen Kirchen. Einige Jahre später wurde der "Diamantenerzog" dann in der Marmorgruft am Kai des Genfer Sees beigesetzt unter dem gewaltigen architektonischen Aufbau, als dessen Krönung sein Reiterstandbild hoch in die Luft emporragt, wie er es für sein Geld gewünscht hatte.
Nikolas Aranyosi.

Ein aufreibendes Amt. "Auch ich bin ein Hirt", sagte der Bischof. "Mir sind fünfzehn Millionen Schafe untertan."

"Donnerwetter", meinte da der Neger Sammy, "das muss aber 'n Stück Arbeit sein, wenn die mal Junge kriegen."

Herr Wichtig und Herr Wichterich.

Gustav Hervé, der alte Knabe,
Wandt' sich an Hitlern sehr devot:
Was dieser zu erwidern habe
Zu einem Bündnisangebot?

Der Hitler ist stets sehr geschmeichelt,
Wenn ihn das Ausland ästimiert.
So hat er etwas hingespießelt,
Was den Hervé beglücken wird.

Die wilden Männer aller Staaten
Sind nicht so wild, wie man sich denkt.
Sie sind nur sehr auf den geladen,
Der ihnen kein Vertrauen schenkt.

Die Völker soll nicht Hass bewegen.
Der Krieg muss einst vergessen sein.
Doch gegen ihre Kasper legen
Sie grimmig ein Hervéto ein!

Jodok.

Das Lichtwunder von Chicago.^x

SPD. In Chicago, der zweitgrössten Stadt der Vereinigten Staaten, wird ein Leuchtturm erbaut, der nach seiner Fertigstellung zweifellos als ein Lichtwunder aller ersten Ranges bezeichnet werden darf. Er wird in 200 Meter Höhe errichtet auf der Spitze des Palmolive-Building, eines neuen Wolkenkratzers, und wird nach Amerikas berühmtem Flieger "Lindbergh-Leuchtturm" genannt. Bei diesem Riesenscheinwerfer werden die stärksten Bogenlampen verwendet, die bisher überhaupt erzeugt worden sind, und die der vor kurzem verstorbene amerikanische Erfinder Dr. Elmer A. Sperry konstruiert hat. Bei dem angewendeten Verfahren wird ohne Zweifel die grösste Helligkeit erreicht, die bei dem Stande der heutigen Technik überhaupt zu erreichen ist. Die Kohlenstäbe, die bei diesen Lampen verwendet werden, erzeugen eine solche Hitze, dass eine noch weitere Erhöhung der Leistung kaum möglich ist, weil sonst alle Stoffe, die sich in der Nähe der Lichtquelle befinden, in die Gefahr des Schmelzens gebracht werden. Auch die Kohlenstäbe selbst sind in kurzer Zeit durch die Wärme zerfressen und müssen alle anderthalb Stunden automatisch durch neue ersetzt werden.

Man veranschlagt die Leuchtkraft, die von dem neuen Lindbergh-Turm ausstrahlen wird, auf eine Stärke von ungefähr zwei Billionen Kerzen. Dr. Frank E. Hartmann hat berechnet, dass das Licht noch auf eine Entfernung von 800 km gesehen werden könnte, wenn bei diesen grossen Zwischenräumen nicht schon die Erdkrümmung eine zu grosse Rolle spielen würde. Ein Hineinblicken in dieses Meer von Licht würde ohne Schutzmittel völliges Erblinden bedeuten. Aus diesem Grunde werden auch die Strahlen nach oben gesendet werden. Dem Flieger wird dieses Licht für seine Orientierungszwecke wertvolle Dienste leisten. Ein präzise arbeitender Mechanismus wird den Lichtstrahl in jeder Minute zweimal kreisend bewegen. Gewaltige Reflektoren, die sich hinter den Bogenlampen befinden, fangen das Licht auf und werfen es nach vorwärts, wo es sich wieder mit dem Hauptstrahl vereinigt. Ein zweites Licht von "nur" drei Millionen Kerzen

zen befindet sich etwas unter dem grossen Lichtkegel und dient dazu, dem Flieger, der sich schon in der Nähe befindet, eine sichere Landung zu ermöglichen. Es wäre theoretisch denkbar, dass dieser Lichtstrom von eventuellen Bewohnern anderer Planeten, wie z.B. des Mars, wenn sie ähnliche Fernrohre besitzen würden, wie wir Erdbewohner, als ein Lichtsignal angesehen wird. Vom Monde aus gesehen würde diese Lichtquelle auf der Erde deutlich mit freiem Auge in der Helligkeit eines Sternes 5. Grösse zu erkennen sein.

Ein Bolschewistendrama.

SPD. "Die Gruppe junger Schauspieler" in Berlin, der wir die erstmalige Vermittlung der "Revolte im Erziehungshaus" und des "Cyankali"-Dramas zu verdanken haben, brachte ein neues und interessantes, gutgemachtes Schauspiel zur Aufführung: "Shanghai" von Werner Ackermann. Shanghai ist in diesem Stück das beabsichtigte Reiseziel einer Schar auf dem Russendampfer "Adler" der bolschewistischen Revolution entfliehender Zarenrussen. Aber wie die ehemals recht erlauchte Gesellschaft abfahren soll, kommen bolschewistische Agenten an Bord. Ihre Absicht ist es, sich in China einzuschmuggeln, um es im Sinne ihrer Propaganda zu bearbeiten. Peinliche Situation für den Kapitän, dankbare für den Dramatiker; er schildert die abenteuerliche Reise in krassen Farben und grellen Tönen. Die Bolschewisten kommen in China an Land, nicht aber, nach grauenvoller Reise im licht- und luftlosen Schiffsbauch, die Flüchtlinge. Wie später, nach Shanghai und nach Kanton, auf hoher See Rettung durch ein englisches Schiff naht, sollen die Flüchtlinge, die die Not bereits bis an die Grenze des Wahnsinns führte, gerettet werden. Aber der Arzt, in der Reihe der grotesk widerlich gezeichneten Zarenrussen die einzig sympathische Figur, verhindert das theaterglückliche imperialistische Ende mit dem Rufe: "Lassen Sie die Leute nicht an Land; hier herrscht die Pest!"

Vermutlich hat Ackermann nicht nur eine theatralisch wirksame, nicht nur eine medizinische Pest gemeint, sondern auch eine moralische. Vermutlich sympathisiert er mit den Sowjetrussen, denen er nicht wieder die alten Gegen den Hals wünscht. Vermutlich, ja. Aber Ackermann drückt sich für ein Stück, das er schreiben wollte, entschieden zu zurückhaltend aus. Der Vorwand, dem die Fabel zu Grunde liegt, ist einem Buche von Artur Holitscher entnommen. Der Name Holitscher verpflichtet auch den Nachgestalter zu Charakter. Auch das Publikum, das das effektiv gemachte Stück und seine nur mässige Aufführung unter der Regie von Max Orphüls mit Beifall lohnte, war sich über die Absichten des Dichters nicht ganz im klaren. Es kommt eben nicht nur darauf an, gerecht zu sein, wenn man ein Thema der russischen Revolution auf der Bühne bearbeitet, sondern es kommt auch darauf an, zu bekennen, wo man steht. Dadurch, dass Ackermann auf eindeutige Stellungnahme verzichtet, hat er das Thema veranebeldotisiert und vernebensächtigt. Zeitstück? Nein, ein hübsch gelungenes Nebenbeistück am Rande der Zeit.

Ego.

Halte fest an der Partei, wenn du ein Parteimann bist.
Aber unentwegt verleugne jeden Lügner und Sophist!

Gottfried Keller.

zen befindet sich etwas unter dem grossen Lichtkegel und dient dazu, dem Flieger, der sich schon in der Nähe befindet, eine sichere Landung zu ermöglichen. Es wäre theoretisch denkbar, dass dieser Lichtstrom von eventuellen Bewohnern anderer Planeten, wie z.B. des Mars, wenn sie ähnliche Fernrohre besitzen würden, wie wir Erdbewohner, als ein Lichtsignal angesehen wird. Vom Monde aus gesehen würde diese Lichtquelle auf der Erde deutlich mit freiem Auge in der Helligkeit eines Sternes 5. Grösse zu erkennen sein.

Ein Bolschewistendrama.

SPD. "Die Gruppe junger Schauspieler" in Berlin, der wir die erstmalige Vermittlung der "Revolte im Erziehungshaus" und des "Cyankali"-Dramas zu verdanken haben, brachte ein neues und interessantes, gutgemachtes Schauspiel zur Aufführung: "Shanghai" von Werner Ackermann. Shanghai ist in diesem Stück das beabsichtigte Reiseziel einer Schar auf dem Russendampfer "Adler" der bolschewistischen Revolution entfliehender Zarenrussen. Aber wie die ehemals recht erlauchte Gesellschaft abfahren soll, kommen bolschewistische Agenten an Bord. Ihre Absicht ist es, sich in China einzuschmuggeln, um es im Sinne ihrer Propaganda zu bearbeiten. Peinliche Situation für den Kapitän, dankbare für den Dramatiker; er schildert die abenteuerliche Reise in krassen Farben und grellen Tönen. Die Bolschewisten kommen in China an Land, nicht aber, nach grauenvoller Reise im licht- und luftlosen Schiffsbauch, die Flüchtlinge. Wie später, nach Shanghai und nach Kanton, auf hoher See Rettung durch ein englisches Schiff naht, sollen die Flüchtlinge, die die Not bereits bis an die Grenze des Wahnsinns führte, gerettet werden. Aber der Arzt, in der Reihe der grotesk widerlich gezeichneten Zarenrussen die einzig sympathische Figur, verhindert das theaterglückliche imperialistische Ende mit dem Rufe: "Lassen Sie die Leute nicht an Land; hier herrscht die Pest!"

Vermutlich hat Ackermann nicht nur eine theatralisch wirksame, nicht nur eine medizinische Pest gemeint, sondern auch eine moralische. Vermutlich sympathisiert er mit den Sowjetrussen, denen er nicht wieder die alten Gegen den Hals wünscht. Vermutlich, ja. Aber Ackermann drückt sich für ein Stück, das er schreiben wollte, entschieden zu zurückhaltend aus. Der Vor dem die Fabel zu Grunde liegt, ist einem Buche von Artur Holitscher entnommen. Der Name Holitscher verpflichtet auch den Nachgestalter zu Charakter. Auch das Publikum, das das effektvoll gemachte Stück und seine nur mässige Aufführung unter der Regie von Max Orphüls mit Beifall lohnte, war sich über die Absichten des Dichters nicht ganz im klaren. Es kommt eben nicht nur darauf an, gerecht zu sein, wenn man ein Thema der russischen Revolution auf der Bühne bearbeitet, sondern es kommt auch darauf an, zu bekennen, wo man steht. Dadurch, dass Ackermann auf eindeutige Stellungnahme verzichtet, hat er das Thema veranedotisiert und vernebensächtigt. Zeitstück? Nein, ein hübsch gelungenes Nebenbeistück am Rande der Zeit.

Ego.

Halte fest an der Partei, wenn du ein Parteimann bist.
Aber unentwegt verleugne jeden Lügner und Sophist!

Gottfried Keller.
